

Hansjörg Herr

Geld – Störfaktor oder Systemmerkmal?

Es gibt zwei sich grundsätzlich ausschließende Ansichten über die Funktion des Geldes in einer kapitalistischen Marktökonomie: Einmal wird behauptet, Geld spiele (zumindest in langfristiger Perspektive) keine Rolle. Letztlich setzen sich die Gesetze einer »Realsphäre« unabhängig vom Geld durch. Neoklassik und Klassik sind sich an diesem Punkt einig – und dies trotz ihrer völlig unterschiedlichen Visionen über die Funktionsweise der »Realsphäre«. Doch soll uns diese Frage bei der Untersuchung des Verständnisses von Geld nicht näher beschäftigen. Eine zweite Sichtweise geht davon aus, Geld sei das entscheidende Systemmerkmal einer kapitalistischen *Geldwirtschaft* und gehöre zur immanenten Grundstruktur der Ökonomie. Bei diesem Verständnis von Geld ist es unmöglich, einen Geldschleier wegzuziehen, um dann zu den harten realwirtschaftlich bestimmten Gesetzen zu kommen. Die Frage nach Neutralität bzw. Nicht-Neutralität von Geld verliert hier ihren Sinn. Diese Vorstellung über Geld findet im Keyneschen Paradigma ihren Ursprung.

Nun bedeutet die klassische und neoklassische Auffassung des Geldes in keiner Weise, daß Geld nicht kurzfristig äußerst zerstörerische Wirkungen zeitigen und nicht-neutral sein kann. Im Gegenteil: Geld kann unter Umständen zu einem empfindlichen Störfaktor der ehernen realwirtschaftlichen Gesetze werden. Die bis heute vorherrschende Störtheorie des Geldes drückt schon Mill prägnant aus: »Es kann (...) für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft nichts Unwesentlicheres geben als das Geld, außer in seinem Charakter als Einrichtung zur Ersparung von Zeit und Arbeit. Geld ist eine Maschine, um schnell und bequem dasjenige auszurichten, was sonst doch geschehen wäre, nur weniger schnell und bequem, und wie so viele andere Arten von Maschinen, äußert das Geldwesen einen besonderen und selbständigen Einfluß nur dann, wenn es in Unordnung geraten ist« (Mill 1969, S. 158 f.). Diese Struktur der Argumentation hat sich beim neoklassischen Monetarismus bis heute erhalten.

Folgend soll im ersten Schritt (Teil I) der Stellenwert des Geldes in den verschiedenen ökonomischen Paradigmen dargestellt werden, um dann im zweiten Schritt (Teil II) die resultierenden wirtschaftspolitischen Vorstellungen aufzuzeigen. Bei der klassischen bzw. neoklassischen Theorie rankt sich die Auffassung des Geldes um die Quantitätstheorie. I. Fisher sowie M. Friedman – beide nehmen bei der Entwicklung der Quantitätstheorie eine Schlüsselstellung ein – seien hier als Repräsentanten gewählt. Keynes hat den Ansatz zu einer völlig anderen Vision der Ökonomie geliefert. Seine Analyse einer geldlichen Wirtschaft kann als Gegenpol zu klassischen und neoklassischen Vorstellungen verstanden werden. Als dritte Vision über Geld werden die Vorstellungen von Silvio Gesell dargestellt. Die Berücksichtigung dieses eher fragmentarischen Ansatzes findet zwei Gründe. Zunächst haben geldreformerische Vorstellungen – nicht zuletzt wegen der Schlichtheit ihrer wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen – erneut gewisse Popularität erlangt. Zweitens nimmt Gesell bei der Einteilung in geldliche und nicht-geldliche Theorien eine Zwitterstellung ein und hat nicht umsonst die Aufmerksamkeit von Keynes erregt (vgl. Keynes 1936, S. 298 ff., Keynes 1931, S. 472 ff.). Gleichwohl müßte sich

Gesell heute, wie zu zeigen sein wird, insgesamt als Friedman-Schüler und nicht als Keynesianer bezeichnen. Zum Abschluß (Teil III) wird kurz das Keynesische Plädoyer einer regulierten Geldwirtschaft angerissen.

I. Der Stellenwert des Geldes in den verschiedenen Theorien

Die Quantitätstheorie

Unter dem Topus der Quantitätstheorie subsumieren sich Vorstellungen, welche in der Markthierarchie die Geldsphäre prinzipiell der Realsphäre nachordnen. Die Geldsphäre bleibt trotz aller analytischer Feinheiten ein Reflex der Gütermärkte.

Beginnen wir mit *I. Fisher*, der als erster eine formalisierte Form der Quantitätstheorie lieferte.¹ An Hand seiner tautologischen Verkehrsgleichung $M \times V = P \times T$ entwickelte er eine denkbar einfache Kausalbeziehung zwischen Geldmenge und Preisniveau. Die Geldmenge (M), das gesellschaftliche Transaktionsvolumen (T) sowie die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes werden unabhängig von der Geldsphäre bestimmt. Die Geldmenge ist das Resultat einer omnipotenten Zentralbank, das Transaktionsvolumen ergibt sich aus realwirtschaftlichen Gesetzen, während die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes durch gegebene Zahlungssitten technisch bestimmt ist. Das Preisniveau (P), das einzig passive Element der Verkehrsgleichung, wird dann ein Reflex der Geldmengepolitik der Zentralbank. Die Quantitätstheorie $P = (V/T) M$ postuliert dann den wohlbekannten Zusammenhang, daß eine Änderung der Geldmenge ausschließlich zur proportionalen Änderung des Preisniveaus führt (vgl. Fisher 1922, Kap. II und III).

Die Mängel dieser Form der Quantitätstheorie liegen auf der Hand. Eine Achillesferse der Argumentation ist die Konstanz der Geldumlaufgeschwindigkeit. Statt ökonomischer Argumente greift Fisher auf das technische Argument der Zahlungssitten zurück. Er verkennt dabei, daß Geldhaltung ein Ausfluß eines Vermögenskalküls ist. Der Unterschied zum Keynesischen Paradigma zeigt sich daneben am klarsten an der vom Geld unabhängigen Bestimmung des Transaktionsvolumens über die Realsphäre. Es kommt dabei die (neo)klassische Dichotomie zum Ausdruck, in einem ersten Schritt Produktionsvolumen, Beschäftigung und relative Preise zu bestimmen, um dann in einem zweiten Schritt mit Hilfe der Geldmenge die absoluten Preise bzw. das Preisniveau zu determinieren.

Fisher ist ein Vertreter der Störtheorie des Geldes par excellence. Während »transition periods« kann die Quantitätstheorie ihren strengen Gehalt verlieren und das Geld zu einem gewaltigen Störfaktor werden. Kumulative Störungen, die bei Fisher bis zu einer monetären Konjunkturtheorie ausgebaut wurden (vgl. Gebauer 1982), entstehen, da die Nominalzinssätze sich ungenügend an Preisniveauveränderungsraten anpassen und darüber Umverteilungseffekte zwischen Unternehmen als Schuldnern und Geldvermögensbesitzern als Gläubigern induzieren. »Kurz, die Hauptrolle spielen Verschuldungsstörungen und Preisniveaustörungen. (...). Die Verschuldungskrankheit und die Preisniveaukrankheit (oder Dollarkrankheit) sind in großen Booms und Depressionen wichtigere Ursachen als alle anderen zusammengenommen« (Fisher 1933, S. 341).² Entsteht beispielsweise durch eine Geldmengenerhöhung ein leichter Preisniveauschub, so sinkt wegen der nachhinkenden Nominalzinsen der Realzins und erhöht sich die relative Rentabilität von inflationsgeschütztem Produktivkapital. Es entsteht ein Investitionsboom, der die Preise weiter steigen läßt und erst zum Abbruch kommt, wenn der Nominalzinssatz stärker als die Inflationsrate steigt. Im Abschwung — besonders wenn das Preisniveau

sinkt — bewirkt nach Fisher das Nachhinken des Nominalzinses hinter den Preissenkungen eine massive preisniveaubedingte Umverteilung zum Vorteil des Geldvermögens. Die Unternehmen kommen in Zahlungsschwierigkeiten und die gesamte Ökonomie kann in eine zerstörerische Deflationsspirale abstürzen. Je mehr die Unternehmen dann versuchen, ihre Schulden durch Verschleuderung von Waren zu bezahlen, desto instabiler wird die Situation. »Die größte Mühe von Individuen zum Abbau ihrer Schulden erhöht letztere, weil der Masseneffekt der Stampede zu bezahlen den Wert jedes geschuldeten Dollars erhöht. Dann ergibt sich das große Paradox, welches, so nehme ich an, das Hauptgeheimnis der meisten, wenn nicht aller, großen Depressionen ist: Je mehr die Schuldner zahlen, desto mehr schulden sie. Je mehr das ökonomische Boot sich neigt, desto stärker tendiert es sich zu neigen. Es tendiert nicht dazu, sich wieder aufzurichten, sondern kentert« (Fisher 1933, S. 344).

Zusammenfassend gilt also, daß die Geldsphäre bei Fisher auf Grund von inflations- und deflationsbedingten Umverteilungen zwischen Gläubigern und Schuldnern kumulative Prozesse erzeugt und die Gesamtökonomie destabilisiert und folglich auch die harmonischen Gesetze der Realsphäre durchkreuzt. Speziell Deflationen führen dabei zum Zusammenbruch der Ökonomie.

M. Friedman belebte nach dem 2. Weltkrieg von einem gänzlich anderen Ansatzpunkt her den quantitätstheoretischen Monetarismus. Als Antwort auf die »Keynesische Revolution« entwickelte er — eher am Cash-Balances Approach von Marshall und seinen Schülern ansetzend als an Fisher — seine Neoquantitätstheorie als »Theorie der Nachfrage nach Geld«, wobei »Geld eine Vermögensart, d.h. nur eine Möglichkeit der Vermögenshaltung (ist)« (Friedman 1976b, S. 78). In diesem Sinne kann die Neoquantitätstheorie als Versuch interpretiert werden, keynesianische Vermögensmarkttheorie unter die hergebrachte Quantitätstheorie zu subsummieren.

Langfristig betont Friedman die Gültigkeit der traditionellen Quantitätstheorie. »Wir haben die Annahmen der Quantitätstheorie akzeptiert und sahen sie durch Beobachtungen bewiesen, daß Wechsel in der Geldmenge an sich langfristig vernachlässigbare Effekte auf Realeinkommen haben, so daß nichtmonetäre Kräfte 'allein eine Rolle spielen' für Wechsel in Realeinkommen über die Jahrzehnte und Geld 'keine Rolle spielt'« (Friedman 1970, S. 27). Die Ableitung der Neutralität des Geldes erfolgt über ein Vermögenskalkül, den sogenannten Realkasseneffekt, der die Geldsphäre zum Anhängsel der Gütersphäre macht.³ Dieser dürre Mechanismus beinhaltet, daß Wirtschaftssubjekte reale Kassen nachfragen, welche »von nominellen geldlichen Werten unabhängig sind« (Friedman 1976b, S. 86). Mit diesem Postulat ist alles gelaufen. Jede Geldmengenveränderung muß bei zunächst unverändertem Preisniveau die tatsächliche Kassenhaltung von einer zuvor als optimal angesehenen Kasse abweichen lassen und Reaktionen erzeugen, die das Preisniveau proportional zur Geldmengenveränderung verschieben. Steigt also exogen die Geldmenge, so ist bei unverändertem Preisniveau die reale Kasse zu hoch: die Wirtschaftssubjekte versuchen die Kasse abzubauen, indem sie mehr konsumieren oder mehr Kredite vergeben; dadurch steigt die gesellschaftliche Nachfrage und erhöht das Preisniveau, was die Realkasse wieder senkt. Insgesamt muß das Preisniveau ansteigen, bis die Realkasse ihren Stand vor der Geldmengenerhöhung erreicht hat. Im neuen Gleichgewicht hat sich dann ausschließlich das Preisniveau verändert, während alle anderen ökonomischen Größen unverändert bleiben. Insbesondere ist das neue langfristige Gleichgewicht durch die gleiche Mengenstruktur und unveränderte Nominal- und Realzinssätze gekennzeichnet. Die Neutralität des Geldes zeigt sich also darin, daß langfristig das Produktionsvolumen, die Beschäftigung etc. vom Geld unabhängig sind.

Der Realkasseneffekt kann nur ablaufen, wenn Geld als gesellschaftliches Nettovermögen existiert. Damit fällt das sogenannte Innengeld (Giral- bzw. Buchgeld) als Basis des Realkasseneffektes weg, da Innengeld als Depositum sich makroökonomisch zwingend auf Null saldiert — ein Einwand, den schon Kalecki gegen Pigou erhob (vgl. Tobin 1981, S. 12 f.). Wäre jetzt also noch Zentralbankgeld i.S. von Außengeld als quantitativ eher minimale Basis des Realkasseneffektes zu diskutieren. Aber selbst hier muß eine spezifische Form der Geldversorgung mit Zentralbankgeld unterstellt werden — von Friedman am prägnantesten mit dem Bild des Hubschraubers beschrieben, der auf das Publikum Geld regnen läßt (vgl. Friedman 1976c, S. 14). Die Geldversorgung per Hubschrauber verdeutlicht dabei nicht nur den exogenen Charakter der Geldversorgung bei der Quantitätstheorie, sondern viel fundamentaler die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Geldbestandes als Nettogeldvermögen. Verläuft die Geldversorgung des Publikums über das Geschäftsbankensystem, welches sich bei der Zentralbank verschuldet, so ist das aggregierte Geldvermögen in einer geschlossenen Wirtschaft auch einschließlich Zentralbankgeld Null und der Realkasseneffekt kommt überhaupt nicht zum Zuge. Die Neoquantitätstheorie ist damit an eine spezifische institutionelle Geldverfassung — nämlich Offenmarktpolitik der Zentralbank — gebunden und ist in diesem Sinne alles andere als allgemein (vgl. Riese 1985, S. 15 ff.).⁴

Auch bei Friedman kann die Geldsphäre zu einem mächtigen Störfaktor der realwirtschaftlichen Gesetze werden. »Ich betrachte die Bezeichnung unserer Position 'Geld allein spielt eine Rolle für Wechsel des *nominellen* Einkommens und für *kurzfristige* Wechsel des realen Einkommens' als eine Übertreibung, aber eine, welche den richtigen Eindruck von unseren Schlußfolgerungen gibt« (Friedman 1970, S. 27). Die Wirtschaftssubjekte handeln bei Friedman (wie in der gesamten Neoklassik) auf Grund realwirtschaftlicher Faktoren, ausgedrückt im walrasianischen allgemeinen Gleichgewichtssystem. Die als stabil unterstellte Realsphäre⁵ kann nun destabilisiert werden, wenn auf Grund von Preisniveaushiftungen die realwirtschaftlichen Faktoren nicht mehr korrekt erfaßt werden können, also die Wirtschaftssubjekte von der Geldsphäre »verwirrt« werden. Die dann auftretenden »falschen« Preissignale führen zur falschen Antizipation der relativen Preise und damit zu konjunkturellen Störungen. Im Zentrum steht der antizipierte Reallohn, also der relative Preis der Arbeit, der im neoklassischen System das Beschäftigungsniveau und damit indirekt auch das Produktionsvolumen determiniert. Werden Arbeiter und/oder Unternehmen wegen der Geldsphäre über den tatsächlichen Reallohn »hinteres Licht geführt«, so weicht das tatsächliche Beschäftigungsvolumen von seiner »natürlichen« Rate, die Ausdruck der gleichgewichtigen Realgesetze ist, ab. Nehmen wir den Fall der Inflation: »Es besteht immer eine vorübergehende Diskrepanz zwischen Inflation und Unterbeschäftigung, es gibt jedoch keine permanente. Die vorübergehende Diskrepanz resultiert nicht aus der Inflation an sich, sondern aus der nicht erwarteten Inflation, d.h. generell aus einer steigenden Inflation« (Friedman 1976a, S. 148). Genauer formuliert: »Da die Verkaufspreise der Güter typischerweise auf eine unerwartete Erhöhung der Nominalnachfrage schneller reagieren als die Preise der Produktionsfaktoren, sind die bereits ausgezahlten Reallöhne gesunken, obgleich die von den Arbeitnehmern erwarteten Reallöhne gestiegen sind, da die Arbeitnehmer das Lohnangebot automatisch mit dem früheren Preisniveau bewerten. Tatsächlich sind es das gleichzeitige *ex post*-Absinken der Reallöhne aus der Sicht der Arbeitgeber und der *ex ante*-Anstieg der Reallöhne aus der Sicht der Arbeitnehmer, die einen Beschäftigungszuwachs ermöglichen« (Friedman 1976a, S. 147). Bei zurückgehender Inflation bzw. Deflation verlaufen die Prozesse entsprechend umgekehrt. Der Reallohn wird seitens der Arbeiter zu gering einge-

schätzt, was bei richtiger Antizipation der Unternehmer zu Beschäftigungseinbrüchen führt. Es entsteht eine Stabilisierungskrise, in deren Verlauf sich die Erwartungen aller Wirtschaftssubjekte der tatsächlichen Preisänderungsrate wieder anpassen und das realwirtschaftlich definierte Gleichgewicht ohne unfreiwillige Arbeitslosigkeit langfristig wieder erreicht wird. Fazit: Bei Friedman liegen konjunkturelle Schwankungen in falschen Antizipationen der Preisänderungsraten. Das bedeutet umgekehrt, daß richtig antizipierte Preisniveaushiftungen keinerlei Realwirkungen induzieren können. Diese Argumentation liefert das Einfallstor für die Theorie rationaler Erwartungen. Unterstellt man den Wirtschaftssubjekten Lernfähigkeit und gleichzeitig das (neoklassische!) Wissen über den Zusammenhang von Geldmenge und Preisniveau, so kann versucht werden, die Preisänderungsraten richtig zu antizipieren. Verläuft der Anpassungsprozeß bei Friedman also noch über einen Marktprozeß, welchem die Individuen in erster Linie blind unterworfen sind, so verlegt die Theorie rationaler Erwartungen den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang quasi in die Köpfe der Individuen⁶ und macht die Geldpolitik im Gegensatz zu Friedman auch kurzfristig — zumindest im Idealfall — unwirksam.

Bei der Quantitätstheorie — gleich welcher speziellen Ausprägung — wird die Geldsphäre der Realsphäre untergeordnet. Die exogen bestimmte Geldpolitik der Zentralbank kann allerdings kurzfristig zu einem Störfaktor werden.⁷ Damit sind auch schon die wirtschaftspolitischen Konsequenzen dieses Ansatzes vorgezeichnet: Geld ist als Störfaktor auszuschalten, um die Gesetze der Realsphäre in reiner Form zum Durchbruch kommen zu lassen. Doch dazu später.

Die Keynesische Theorie einer Geldwirtschaft

Im Keyneschen Paradigma⁸ wird Geld zu einem Steuerer der ökonomischen Dynamik und zum Systemmerkmal einer Geldwirtschaft. Die Marxsche Kreislaufformel des Kapitals kann dabei durchaus als geeigneter Rahmen zur Verdeutlichung der Grundgedanken fungieren. Ist G der Geldvorschuß, W die Waren (Inputs plus Arbeitskräfte), in welches Geld zum Zwecke der Produktion umgesetzt wird, W' der Verkaufswert der produzierten Waren und G' die entsprechend beim Kauf erzielte Geldsumme, so nimmt der Kreislauf des Kapitals vereinfacht folgende Form an (vgl. Marx 1894, S. 350 ff.): $G - G - W \dots W' - G' - G'$. Typisch ist der doppelte Geldvorschuß ($G - G$), der ein Kreditverhältnis zwischen Geldvermögensbesitzer und fungierendem Kapitalist zum Ausdruck bringt, sowie der doppelte Rückfluß ($G' - G'$), der die Tilgung einschließlich Zinsen und damit den Abschluß des Kreditverhältnisses impliziert. *Die Produktion ist also in ihrer Grundstruktur von Kreditverhältnissen eingeraht* — an diesem Punkt wird Marx widersprochen, der Kredit nur als den »Wertgesetzen« gegenüber abgeleitetes Phänomen auffassen konnte.⁹

Für den gesellschaftlichen Geldvorschuß in Produktionsprozesse sind die Entscheidungen zweier ökonomischer Agenten notwendig. Der Gläubiger, den wir folgend zur Vereinfachung mit dem Bankier gleichsetzen wollen¹⁰, muß bereit sein, Geld mittels Kreditverträgen vorzuschießen; der fungierende Kapitalist, der Geld dann tatsächlich in Produktionsmittel und Arbeitskräfte umsetzt, muß bereit sein, sich zum Zweck der Durchführung von Produktionszwecken zu verschulden. Daraus wird deutlich, daß im Keyneschen Paradigma das Geld in seiner Funktion als Inhalt von Schuldverträgen die wichtigste Rolle spielt. »Eine Geldökonomie erhält ihr spezifisches Charakteristikum dadurch, daß sich Gläubiger und Schuldner gegenüberstehen. Eine Theorie der Geldwirtschaft ist in ihrem 'Kern' eine Theo-

rie der Interaktion von Gläubigern und Schuldnern. Der ökonomische Gehalt dieser Interaktion besteht dann darin, daß sich der Gläubiger verpflichtet, das ihm zur Verfügung gestellte Geld nach der vereinbarten Frist zu refundieren — im wörtlichen Sinne 'zurückzuzahlen' — und für die Verfügungsmöglichkeit eine Prämie zu zahlen« (Riese 1983a, S. 107). Obwohl der fungierende Kapitalist auch über Eigenkapital verfügt, spielt die Verfügung über Fremdmittel die entscheidende Musik. Die Disposition über Eigenmittel ist, wenn man so will, beim fungierenden Kapitalisten immer von der Entscheidung über Kreditaufnahme »umhüllt«. ¹¹

Der Bankier hat — wie jeder Vermögensbesitzer — die Wahl zwischen der Aufgabe von Geld durch Kreditvergabe sowie dem Halten von Geld. Bei der Kreditvergabe wird eine pekuniäre Rate in der Form des Zinssatzes realisiert, beim Horten wird eine nichtpekuniäre Rate in der Form der *Liquiditätsprämie* erzielt. Die von Keynes entwickelte Liquiditätsprämie ist ein logisches Konstrukt, welches die »potentielle Annehmlichkeit und Sicherheit« (Keynes 1936, S. 189) der Geldhaltung zum Ausdruck bringt. Sie drückt damit den ökonomischen Vorteil aus, Vermögen in Geldform zu halten. Ein Bankier hat damit zwischen Geldvorschüssen (und dem Vorteil des Zinses) und der Unsicherheit des Geldverlustes bei Zahlungsunfähigkeit des Schuldners (ausgedrückt in der Liquiditätsprämie der Geldhaltung) zu wählen (vgl. Riese 1983a, S. 106 ff.). Er wird dabei seine Kreditvergabe so variieren, daß der Zinssatz der Liquiditätsprämie entspricht.

Der erste Teil der Schöpfungsgeschichte des Keyneschen Paradigmas beginnt also mit der Liquiditätsprämie, die als Ausdruck eines grundsätzlich exogen gegebenen »Zustandes des Vertrauens« (Keynes 1936, S. 125) interpretiert werden muß. Die Liquiditätsprämie ist Ausdruck der *systemspezifischen Unsicherheit* einer Geldwirtschaft und immer positiv. Ihr jeweiliges Niveau kann dabei nicht deterministisch bestimmt werden und ist für die Ökonomie in engem Sinne »willkürlich«.

Für den fungierenden Kapitalisten als Kreditnachfrager ist der Zinssatz von außen gesetzt. Zwar wird er ebenfalls in bezug auf sein Eigenkapital seine Liquiditätsprämie mit der Verwertungsrate von Produktivkapital vergleichen — er kann von der Produktion rückfließende Beträge auch horten —, doch steht, wie betont, hier die Entscheidung über die Kreditaufnahme im Vordergrund. Der fungierende Kapitalist vergleicht die *erwartete Profitrate* mit dem Zinssatz. Solange die erwartete Profitrate die Zinsrate übersteigt, wird sich die Kreditnachfrage des fungierenden Kapitalisten erhöhen und sich die Investitionstätigkeit ausdehnen. Im umgekehrten Fall wird der Bestand an Produktivkapital abgebaut. Die erwartete Profitrate hat im Keyneschen Paradigma ebenfalls exogenen Charakter (vgl. Riese 1983b, S. 265) und wird zum zweiten Akt der Schöpfungsgeschichte des Keyneschen Systems.

Liquiditätsprämie und erwartete Profitrate sind beides Ausdruck des exogen gegebenen Zustandes des Vertrauens, also der Erwartungen der Vermögensbesitzer. Die Exogenität dieser beiden zentralen Raten darf nicht mißverstanden werden. Zunächst sind sie Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Konstellationen und umfassen das politisch-soziale System. Obwohl der Zustand des Vertrauens für die Ökonomie als Teilsystem der Gesellschaft exogen ist, kann er dennoch für die Gesamtgesellschaft endogen erklärbar sein. Daneben kann der Zustand des Vertrauens im Rahmen kumulativer Aufschwungs- und Abschwungsphasen für die Ökonomie endogenen Charakter haben. So können im Aufschwung positive Profite, welche kreislauftheoretisch über einen Kreditexpansions-Investitions-Profit-Mechanismus entstehen, den Zustand des Vertrauens weiter verbessern, während bei einem Abschwung die aktuelle ökonomische Situation das Vertrauen laufend weiter zerrüttet (vgl. Keynes 1931, S. 101 ff.).

Wichtig ist allerdings, daß es keine zwingenden, immer wirkenden endogenen Bestimmungsfaktoren der Erwartungen gibt. So können laufende Profite und reichliche Nachfrage den Zustand des Vertrauens durchaus pessimistisch belassen. Dazu kommt, daß der Beginn kumulativer Prozesse — besonders der Anstoß zu einem langfristigen Aufschwung — kaum eng ökonomisch erklärbar ist.

Konjunkturelle Prozesse entstehen durch das Auseinanderlaufen der Liquiditätsprämie (bzw. des Zinssatzes) und der erwarteten Profitrate. Eine Verbesserung des Zustandes des Vertrauens führt dabei *gleichzeitig* zu einem Anstieg der erwarteten Profitrate und einem Fall der Liquiditätsprämie. Das bedeutet, daß der Bankier zur Kreditexpansion bereit ist, während der fungierende Kapitalist zur Kreditnachfrage für Investitionszwecke angeregt wird. Die Folge ist eine Kreditexpansion bei steigender Produktion und Beschäftigung bei niederen oder gar sinkenden Zinsen. In der Krise schnell entsprechend die Liquiditätsprämie hoch und fällt die erwartete Profitrate in den Keller, was die Ökonomie auf einen instabilen Abschwungspfad bringen muß. Keynes benennt diesen instabilen Charakter der Marktprozesse mit aller Deutlichkeit: »Es ist nicht überraschend, daß das Investitionsvolumen, so bestimmt, von Zeit zu Zeit weit schwankt. Denn es hängt an zwei Arten von Entscheidungen über die Zukunft, von denen keine auf einer adäquaten und sicheren Basis beruht — an der Neigung zu horten und an der Einschätzung der zukünftigen Erträge von Kapitalanlagen. Noch gibt es einen Grund anzunehmen, daß Fluktuationen eines dieser Faktoren Fluktuationen des anderen kompensieren können. Wenn zukünftige Erträge pessimistischer eingeschätzt werden, so gibt es keinen Grund, warum es einen geringeren Hang zum Horten geben sollte. Tatsächlich verschlechtern die Bedingungen eines dieser Faktoren, in der Regel, die Bedingungen des anderen. Denn die gleichen Umstände, die zu einer pessimistischen Einschätzung der zukünftigen Erträge führen, neigen dazu, die Neigung zur Hortung zu verstärken.« (Keynes 1937, S. 218; vgl. auch Keynes 1936, Kap. 22). Die meisten Keynesinterpretationen mißachten die Tatsache, daß die Krise durch ein Auseinanderlaufen von Zinssatz und erwarteter Profitrate gekennzeichnet ist. So bedurfte es erst des Werks von Leijonhufvud, (vgl. Leijonhufvud 1973), um zu verdeutlichen, daß eine Krise durch eine Überschufnachfrage nach Geld gekennzeichnet ist und nicht durch ein Überschufangebot an Geld, wie es das keynesianische Standardmodell (vgl. Hicks 1937) ableitet.¹²

Der Einfluß von Geld auf den gesamten ökonomischen Prozeß im Keynesischen Paradigma versteht sich nach diesen Ausführungen von selbst. Da die Verfügung über Geld seitens der verschiedenen Vermögensbesitzer zum Dreh- und Angelpunkt des ökonomischen Prozesses wird, fällt Geld gänzlich aus einer Logik von Störung oder Neutralität heraus. Es gibt überhaupt keine »Realsphäre« mit ihren Gesetzen, die gestört werden könnte, sondern es handelt sich von vornherein um eine ausschließlich monetäre Theorie, wobei die ökonomischen Agenten entsprechend pekuniärer und nichtpekuniärer Raten über nominelles Vermögen disponieren.

Der Unterschied zwischen der Theorie einer geldlichen Ökonomie und einer Realökonomie zeigt sich am plastischsten bei der Profiterklärung. Bei der Klassik wird der Profit durch den exogen gesetzten Reallohn bestimmt und implizit von einer permanenten Reservearmee ausgegangen, die den Reallohn nicht ungebührlich ansteigen läßt. Die Neoklassik erklärt den Profit durch die Knappheit der exogen gegebenen Ressourcen, welche entsprechend ihrer Dienste im Produktionsprozeß einen Knappheitspreis erzielen. Beide Paradigmen gehen davon aus, daß der Geldzinssatz sich letztlich der Verwertungsrate der Realsphäre anpassen

muß und Geld langfristig nur das Preisniveau bestimmt — ein Umstand, den Keynes veranlaßte, Klassik und Neoklassik trotz ihrer Unterschiede zur »Klassik« zusammenzuwerfen (vgl. Keynes 1936, S. 3). Bei Keynes wird der *Profit rein monetär* erklärt. Die Schiene verläuft dabei von der Liquiditätsprämie, die den Zinssatz bestimmt, zur Profitrate. »Es ist viel zweckmäßiger zu sagen, daß das Kapital während seines ganzen Bestandes ein seine ursprüngliche Kosten übersteigendes Erträgnis hat, als es *produktiv* zu nennen. Denn der einzige Grund, warum ein Vermögenswert eine Aussicht bietet, während seines Bestandes Dienste von einem größeren Gesamtwert als dem ursprünglichen Angebotspreis zu leisten, ist seine *Knappheit*; und es wird knapp gehalten wegen des Wettbewerbs um den Zinsfluß auf Geld. Wird das Kapital weniger knapp, so vermindert sich das überschüssige Erträgnis, ohne daß es — wenigstens im stofflichen Sinn — weniger produktiv geworden ist« (Keynes 1936, S. 178 ff.). Keynes geht dabei davon aus, daß »alles durch *Arbeit erzeugt* wird; unterstützt dadurch das, was man früher Kunst zu nennen pflegte, und jetzt Technik genannt wird« (Keynes 1936, S. 179). Durch die Existenz des Zinses »wird ein neues Kostenelement eingeführt«, womit »der für die schließliche Ablieferung des Gegenstandes erforderliche laufende Einsatz eingeschränkt werden muß, bis der voraussichtliche Preis genügend gestiegen ist, um die vermehrten Kosten zu decken.« (Keynes 1936, S. 181). Bei Keynes wird der Zins also zu einem Kostenfaktor der Produktion und läßt Produktionsprozesse nur entstehen, wenn zumindest ein Profit in der Höhe des Zinses erwirtschaftet wird. Im Keynesischen Paradigma ist der Profit damit »willkürlich«, da letztlich auch die Liquiditätsprämie »willkürlichen« Charakter hat.

Die Argumentation von Keynes, der ich in der Stoßrichtung zustimmen möchte, muß an zwei Punkten präzisiert werden. Ein positiver Zinssatz ist in einer unregulierten Geldwirtschaft eine nahezu unabdingbare Inflationsbremse. Wird der Zinssatz auf Grund einer geringen Liquiditätsprämie sehr niedrig — marktmäßig fällt dies immer zusammen mit hohen Profiterwartungen —, so entsteht eine Akkumulationsdynamik, die früher oder später in eine kumulative Inflation mündet. Will die Zentralbank die Erosion des Geldsystems nicht zulassen, so muß sie über Hochzinspolitik die Inflation kappen und eine Krise erzeugen. Sollte die Liquiditätsprämie also einmal sehr niedrig sein und nicht mehr als Barriere für Produktionsprozesse wirken, so tritt die Inflation bzw. der Zwang der Zentralbank zu deren Bekämpfung als »zweite Barriere« hinzu. Weiter ist zu beachten, daß selbst ein institutionell erzwungener Zinssatz von Null nach Keynescher Logik den Profit nicht zwingend auf Null senken muß (vgl. Herr 1986). Auch Produktivkapital ist eine Form aufgegebener Liquidität, und in diesem Sinne ist auch die Profitrate eine Belohnung für die Übernahme der Unsicherheit des Vermögensverlustes bei Geldvorschüssen (vgl. Riese 1983a, S. 113). Damit hat auch der fungierende Kapitalist eine Liquiditätsprämie, die direkt und ohne Zins eine Profitrate erzwingen kann. Selbstverständlich ist Keynes soweit zuzustimmen, daß die Existenz des Zinses die Profitrate verfestigt, da sie dem Produktionsprozeß vorausgesetzt ist.

Keynes' Gesamtwerk ist schillernd und läßt nicht zuletzt aus diesem Grunde verschiedene »Keynesianismen« zu. Aus der hier vertretenen Interpretationslinie ergeben sich verschiedene Kritikpunkte bzw. Weiterführungen der Keynesischen Theorie. Der negative Einfluß des Geldes verläuft bei Keynes — zumindest im 13. und 15. Kapitel der Allgemeinen Theorie — in erster Linie über die sogenannte Spekulationskasse, welche mehr oder weniger direkt auf die Börse projiziert ist. Die Nachfrage nach Spekulationskasse wird aufgebaut, wenn der erwartete langfristige Zinssatz über dem laufenden langfristigen Zinssatz liegt, da

ein Kauf von Effekten in diesem Fall sowohl Ertrags- als auch, was wichtiger ist, Kursverluste erwarten ließe; Kasse wird abgebaut, wenn der erwartete langfristige Zinssatz unter dem laufenden langfristigen Zinssatz liegt. Die Börse tritt in diesem Zusammenhang ungebührlich ins Zentrum der Analyse, da die Unsicherheit einer Geldwirtschaft auf die Unsicherheit der Spekulation auf der Börse reduziert wird.¹³ Die systemspezifische Unsicherheit einer Geldwirtschaft findet jedoch ihre Basis in der Gesamtstruktur ihrer Funktionsmechanismen und bündelt sich um die Unsicherheit des Geldvorschusses in langlebiges Produktivkapital. Dessen erwartete Rentabilität sowie dessen Unsicherheit in bezug auf den Geldrückfluß über zukünftige Umsatzerlöse bildet das Erwartungszentrum sowohl für den fungierenden Kapitalisten als auch für den Bankier als »Ephor der Volkswirtschaft« (Schumpeter 1926, S. 317).¹⁴ Keynes betont mit der Spekulationskasse die Nachfrage nach Geld. Folglich wird bei ihm Geld in seiner Funktion als Wertaufbewahrungsmittel zum entscheidenden Charakteristikum einer Geldwirtschaft. Der Vermögensbesitzer möchte sich vor der unsicheren Welt retten, indem er Geld als abstrakten gesellschaftlichen Reichtum in die Zukunft transferiert. In diesem Sinne ist auch folgendes Zitat zu interpretieren: »Denn die Bedeutung des Geldes rührt im wesentlichen daher, daß es ein Verbindungsglied zwischen der Gegenwart und der Zukunft darstellt« (Keynes 1936, S. 248). Damit wird periodisches Horten zu einem zentralen Krisenfaktor der ökonomischen Entwicklung, ein Sachverhalt, den schon Klassiker benannt haben. Entscheidend in einer Geldwirtschaft ist jedoch nicht die Hortung als Schutz vor Unsicherheit, sondern die Verweigerung von Geldvorschüssen in Kreditverträgen und Produktivkapital. Diese potentiell immer bestehende Möglichkeit der Verweigerung wird erst zur Basis der Unsicherheit einer Geldwirtschaft und erzeugt damit erst als Reflex Hortung als relevantes Problem. Es ist somit falsch — wie es der keynesianische Fundamentalismus vertritt (vgl. z.B. Davidson 1984) —, Geld aus Unsicherheit abzuleiten. Es gilt vielmehr, »daß die Geldfunktionen, somit die Existenz einer Geldwirtschaft, Unsicherheit begründet« (Riese 1986b, S. 13 f.). Privateigentum und Lohnarbeit zusammen mit der Vermittlung der Gesellschaftlichkeit über Märkte erzeugen Unsicherheit als Ausdruck einer spezifischen Gesellschaftsformation.

Ausdruck der mangelnden Erfassung des Geldes in seiner Funktion als Inhalt von Schuldverträgen ist bei Keynes die gänzlich unbefriedigende Analyse des Bankensystems sowie des Kredit- und Geldangebotsprozesses. Die Geldmenge verbleibt exogen, weil die Zentralbank als Dirigent des Orchesters der Geschäftsbanken begriffen wird (vgl. Keynes 1931, S. 23). Demgegenüber muß die Geldmenge als marktmäßig endogen betrachtet werden, da die Geschäftsbanken als wichtigste Gläubiger der Unternehmen über ihre Kalküle der Kreditvergabe auch ihre Verschuldung bei der Zentralbank und damit die Geldversorgung des Publikums beeinflussen (vgl. Riese 1983a, S. 110 ff.; Riese 1986a).¹⁵

Die entscheidenden Agenten einer Geldwirtschaft sind also der fungierende Kapitalist als Investor in Produktivkapital und der Bankier als Gläubiger. Die Interaktion zwischen diesen beiden Agenten bestimmt das gesellschaftliche Kreditvolumen, die Geldmenge, das Produktionsvolumen und die Beschäftigung. Der Vermögenshaushalt und der Börsianer sind — ohne ihre Einflüsse bestreiten zu wollen — gegenüber den beiden zuerst genannten Agenten sekundär.¹⁶

Der theoretische Kern des Gesellschen Systems rankt sich um die Konstruktion des sogenannten *Urzins*. Dessen Ableitung verläuft etwa so: Geld ist eine notwendige Voraussetzung entwickelter Arbeitsteilung (vgl. Gesell 1931, S. 332) und damit in jeder entwickelten Gesellschaft existent. Sobald es jedoch Geld gibt, schleicht sich ein strukturelles Ungleichgewicht zwischen Anbietern von Waren (Nachfrager nach Geld) und Nachfragern nach Waren (Anbietern von Geld) ein. Die Nachfrager nach Waren verfügen über ein Gewaltmonopol, da Geld keine Durchhaltekosten hat, während alle Waren durch physischen Verschleiß, Lagerkosten etc. »verwittern«. »Das herkömmliche Geld (Metall- und Papiergeld) läßt sich, dank seiner körperlichen Verfassung, unbegrenzt und ohne nennenswerte Lagerkosten vom Markte zurückhalten, während die auf das Geld als Tauschvermittler unbedingt angewiesenen Warenerzeuger (Arbeiter) durch die ständig wachsenden Verluste, die mit dem Aufbewahren der Waren verbunden sind, eine Zwangsnachfrage nach Geld halten. Infolge dieses eigentümlichen Sachverhalts vermag der Kaufmann von den Warenbesitzern eine besondere Vergütung dafür zu erzwingen, daß er darauf verzichtet, den Austausch der Waren durch Festhalten des Geldes willkürlich hinauszuziehen, d.h. zu verschleppen und nötigenfalls gänzlich zu verhindern.« (Gesell 1931, S. 332). Der Geldbesitzer hat gegenüber dem Warenbesitzer also den systematischen Vorteil, durch Hortung bzw. Kaufenthaltung den geldbedürftigen Warenbesitzer dazu zu zwingen, den Preis der Waren zu senken und sich so einen Vorteil herauszuschlagen. Diese strukturelle Macht des Geldes gegenüber den Waren erzeugt den Urzins, der nach Gesell seit mehreren tausend Jahren um 4-5 % schwankt (vgl. Gesell 1931, S. 333).¹⁷

Der Geldbesitzer, der durch Hortung die Warenbesitzer in die Knie zwingen kann, ist selbstverständlich nicht der Arbeiter oder Kleinproduzent, der sein Geld zur Lebensführung immer wieder ausgeben muß. Es handelt sich hier vielmehr um den reichen Vermögensbesitzer, ausgedrückt im Kaufmann, der ohne eigene Not horten kann. »Der Verbraucher, von persönlichen Bedürfnissen getrieben, kann nicht warten, obschon sein Geld es ihm erlauben würde; der Warenerzeuger kann auch nicht warten, obschon seine persönlichen Bedürfnisse es ihm in manchen Fällen wohl gestatten würden; aber der als Kaufmann auftretende Geldbesitzer, der Eigentümer des allgemeinen, unentbehrlichen Tauschmittels, der kann warten, der kann Warenerzeuger und -verbraucher regelmäßig dadurch in Verlegenheit bringen, daß er mit dem Tauschmittel (Geld) zurückhält.« (Gesell 1931, S. 333).

Nach der Ableitung des Urzins argumentiert Gesell ähnlich wie Keynes. Kann der Kaufmann über seine Hortung einen Zins erzwingen, so wird sich kein Geldbesitzer finden, der unter dem Urzins Produktionsprozesse durchführt. Die Existenz des Urzins erzeugt den Profit. »Der Zins, den der Kaufmann in unmittelbarem Verkehr mit der Ware von dieser erhebt, — das ist der wahre und volle Urzins. (...). Kann das Geld von den Waren, aufs Jahr verteilt, 5 % erheben, so muß auch das Haus von den Mietern, das Schiff von den Frachtgütern, die Fabrik von den Löhnen die gleiche Abgabe erheben können, sonst bleibt das Geld einfach auf dem Markte bei den Waren, und das Haus wird nicht gebaut« (Gesell 1931, S. 344). Durch den Zins wird — wie bei Keynes — das Realkapital verknappt und erlaubt dadurch marktmäßig die Erzielung des Profits.« Es ist also klar: das Realkapital muß Zins abwerfen, weil es nur durch Ausgeben von Geld zustandekommen kann, und weil dieses Geld Kapital ist. Das sogenannte Realkapital besitzt nicht, wie das Geld, eigene zinserpessende Machtmittel. Es handelt sich bei diesen sogenannten Realkapitalien, genau wie bei den Waren, um vom Geld ei-

gens zu diesem Zweck geschaffene und erzwungene Marktverhältnisse, um eine selbständig wirkende, künstliche Beschränkung in der Erzeugung sogenannter Realkapitalien, so daß deren Angebot niemals die Nachfrage decken kann« (Gesell 1931, S. 346). Gesell leitet an diesem Punkt sauber das Knapphalten von Produktionsprozessen auf Grund monetärer Restriktionen ab.

Krisen kommen bei Gesell nicht, wie man vermuten sollte, über periodisches Horten der »Kaufleute« zustande, sondern werden exogen über eine relative Verknappung der Geldmenge erklärt. Eine im Vergleich zum Wachstumsprozeß zu geringe Geldproduktion führt zu sinkenden Preisen — Gesell argumentiert hier mit einer kruden Quantitätstheorie — und zur Krise. Befremdlich ist, daß Krisen ausschließlich das Resultat von Deflationen sein sollen. »Weltwirtschaftskrisen, also Absatzstockungen und Arbeitslosigkeit mit ihren Begleiterscheinungen sind nur bei weichenden Preisen denkbar.« (Gesell 1931, S. 194). Sinkende Preise bzw. auch schon deren Erwartung erzeugen als Reflex Hortung und eine kumulative Abwärtsspirale mit sich verschärfender Deflation (vgl. Gesell 1931, S. 184 ff.). Gesell ist hier sehr nahe bei Fisher, der den gleichen Sachverhalt betont. Beide können nicht begreifen, daß die Reproduktionssphäre selbst instabil ist und Preisniveauschwankungen in erster Linie als Folge kumulativer Störungen auftreten.

Soweit Gesells theoretisches Gerüst. Im Mittelpunkt der Argumentation steht Geld in seiner Funktion als Wertaufbewahrungsmittel. Die Möglichkeit der Geldhortung bringt — neben dem Eigentum an Boden, welches wir nicht behandeln — ein »Gewalteigentum« mit sich, welches über den Urzins die als harmonisch unterstellten Gesetze der freien Konkurrenz zerstört. »Alle Gewaltelemente im Wirtschaftsprozess (also das Geld, d.V.) haben die Wirkung, den freien, gleichen Wettbewerb auszuschalten. Die freie Konkurrenz aber ist die innere Selbststeuerung des Wirtschaftsbetriebes. Nur mit dieser Selbststeuerung läuft und kreist Arbeit und Tausch mit ständig ausgewogenem Gleichgewicht sicher und störungsfrei weiter.« (Gesell 1931, S. XVI). Klarer läßt sich eine Theorie des Geldes als Störfaktor einer stabilen Realsphäre nicht formulieren. Die Ideologie der Stabilität des Marktmechanismus trifft geradezu aus dem Ansatz von Gesell. Die Struktur der Argumentation ist wie bei Fisher oder Friedman: Die »guten« Gesetze der »Realsphäre« werden durch das »böse« Geld ge- und zerstört.

Bei der Profiterklärung vertritt Gesell ein ähnliches Konzept wie Keynes. Gleichwohl bleibt seine Konstruktion des Urzinses dubios. Ein Urzins, der durch die Kaufzurückhaltung der Kaufleute entstehen soll, kann vernünftigerweise nur als Deflationsrate interpretiert werden. Die prozentmäßige Erhöhung der Kaufkraft eines gegebenen Geldbestandes bei Deflation wird also zum Urzins, anders ist überhaupt kein Prozentsatz formulierbar. Ein Urzins kann also nur bei beständig fallendem Preisniveau auftreten, eine Vorstellung, welche sich schlecht mit dem Urzins als »einer dauernd sprudelnden Quelle« (Gesell 1931, S. 344) und der Deflation als zentralem Krisengrund bei Gesell verträgt. Aber auch eine über Jahrtausende anhaltende Deflation von etwa 4-5 % — einmal unterstellt, daß dies möglich sei — ist eine seltsame Konstruktion, da in der Ökonomie alle nur gewinnen und keiner verliert. Die Konsumenten und Produzenten werden durch Deflation *ceteris paribus* nicht geschädigt; sie bekommen zwar beim Verkauf ihrer Waren (einschließlich der Arbeitskraft) weniger Geld, müssen aber gleichzeitig auch weniger für Produktions- und Konsumtionsmittel bezahlen (vgl. Oppenheimer 1935, S. 321 ff.). Die Ableitung eines Urzinses muß als gescheitert angesehen werden. Dies ergibt sich schon methodisch daraus, daß die Ableitung des Profits auch bei konstantem (und steigendem Preisniveau) möglich sein muß. Fällt der Urzins, so bekommt Gesell auch Probleme, einen positiven Profit abzuleiten; er kann keine Ursache mehr für das Knapphalten der Produktion anführen.

Keynes vermeidet den Schlamassel von Gesell durch die Einführung der Liquiditätsprämie, welche überhaupt erst Horten von Geld markttheoretisch erklären kann. Die Liquiditätsprämie verdeutlicht, daß Geld nur vorgeschossen wird, wenn eine entsprechende pekuniäre Rate zu erwarten ist. Damit wird die Liquiditätsprämie zu einem (Opportunitäts)Kostenfaktor, der in die Preise eingehen muß und eine langfristige und methodisch saubere monetäre Profiterklärung, die mit physischen Produktivitäten etc. absolut nichts zu tun hat, erlaubt. Keynes legt seinen Finger genau an diesen wunden Punkt. Gesell übersieht »völlständig die Notwendigkeit einer Erklärung, warum der Geldzinsfuß positiv ist, und er unterläßt es, zu erklären, warum der Geldzinsfuß nicht durch den Standard beherrscht wird (wie dies von der klassischen Schule behauptet wird), der vom Erträgnis produktiven Kapitals gesetzt wird. Dies ist darauf zurückzuführen, daß ihm die Vorstellung der Vorliebe für Liquidität entgangen ist. Er hat nur eine halbe Theorie des Zinsfußes aufgebaut.« (Keynes 1936, S. 301).

Bei Keynes wird, wie schon mehrmals betont, ein stabiler Marktmechanismus verneint. Liquiditätsprämie und erwartete Profitrate sind gesamtgesellschaftlich äußerst empfindliche und labile Raten, die bei Störungen entsprechend der Marktprozesse auseinanderlaufen und kumulative Instabilitäten erzeugen. Solche Störungen führen dann — vermittelt über den Arbeitsmarkt und der Entwicklung der Geldlöhne — zu kumulativen Preisniveaushiftungen. Gesell teilt dagegen mit den neoklassischen Quantitätstheoretikern den Glauben an eine an sich stabile Marktökonomie. Keynes und Gesell vertreten demnach völlig verschiedene Visionen der Welt. Ausschließlich beim Ansatz der Profiterklärung gibt es Berührungspunkte, wobei es Gesell allerdings nicht zu einem in sich geschlossenen System gebracht hat.

II. Die wirtschaftspolitischen Konzepte zur Beseitigung des Geldes als Störfaktor

Nachdem im ersten Teil die theoretischen Grundlagen der verschiedenen Auffassungen über Geld vorgestellt wurden, geht es nun darum, die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen im Rahmen der verschiedenen Paradigmen zu ziehen. Hinter den abstrakt theoretischen Vorstellungen lauert also harte Gesellschaftspolitik — selbst wenn es nur um die Legitimation bestimmter Politiken geht. Wird Geld als Störfaktor einer heilen »Realsphäre« begriffen, so hat die Geldpolitik (und Wirtschaftspolitik generell) den Störfaktor zu beseitigen (Quantitätstheorie und Gesell); wird die Gesamtreproduktion einer Geldwirtschaft für instabil gehalten, so ergibt sich — wenn die gesellschaftlichen »Kosten« einer unregulierten Geldwirtschaft als unakzeptabel eingeschätzt werden und gleichzeitig bestimmte Marktprinzipien erhalten bleiben sollen — die Vision einer *regulierten* Geldwirtschaft (Keynes).

Die Quantitätstheorie und ihre geldpolitischen Schlußfolgerungen

Unerwartete Preisniveauperänderungen bewirken, wie gezeigt, daß die Wirtschaftssubjekte nach »falschen« Preisen handeln und dadurch konjunkturelle Störungen erzeugen. Die Konsequenz aus diesem Ansatz: die Geldpolitik muß so gestaltet werden, daß die Wirtschaftssubjekte in die Lage versetzt oder gar gezwungen werden, in Realkategorien zu kalkulieren. Damit wird »falsches« Handeln ausgeschlossen und die Geldsphäre als Störfaktor eliminiert. Der Monetarismus hat zu diesem Zweck zwei Instrumente entwickelt, nämlich die Geldmengenregel und die Indexierung.

Die *Geldmengenregel* ist das primäre Instrument zur Beseitigung des Einflusses des Geldes. Hören wir Friedman, der unermüdlich für die Geldmengenregel warb: »Mein eigenes Konzept besteht immer noch darin, daß die Währungsbehörde (...) sich öffentlich für eine Politik entscheidet, die auf die Verwirklichung einer konstanten Wachstumsrate einer bestimmten monetären Gesamtgröße gerichtet ist. Die adäquate Wachstumsrate ebenso wie die adäquate monetäre Gesamtgröße sind weniger ausschlaggebend als die Annahme einer festen und bekannten Rate« (Friedman 1976a, S. 155).¹⁸

Die Geldmengenregel beinhaltet zwei Elemente:

— Die Regel muß von der Zentralbank *öffentlich* verkündet und dann auch eingehalten werden. Damit sollen die Wirtschaftssubjekte in die Lage versetzt werden, die zukünftigen Preissteigerungsraten richtig zu antizipieren, da sie nun die Wachstumsrate der Geldmenge mit dem Produktivitätsfortschritt und dem Wachstum des Produktionspotentials in Verbindung bringen können.

— Das Herzstück der Regel ist die *Konstanz* der Wachstumsrate der Geldmenge. Das Niveau der Rate ist dagegen sekundär, denn »eine *stetige* und bekannte Rate der Geldmengenerhöhung (ist) wesentlicher als der exakte numerische Wert der Zuwachsrate« (Friedman 1976c, S. 72)¹⁹

Der Monetarismus kennt damit im Grunde kein hartes Argument für Preisstabilität. Jede einmal eingependelte Inflations- oder Deflationsrate erlaubt den Wirtschaftssubjekten in Realkategorien zu kalkulieren. Speziell die Rückführung einer Inflation, die auch nach monetaristischer Vorstellung schwere Beschäftigungseinbrüche über Jahre erzeugen kann, erscheint als widersinnig. Die Politik der Inflationsbekämpfung in den 70er Jahren darf sich folglich nicht schlicht auf den Monetarismus berufen, für den, wie gesagt, jede konstante Preisänderungsrate gut ist.²⁰ Politisch hat der Monetarismus jedoch immer zur Legitimation von Inflationsbekämpfung gedient und wurde damit zum Schlachtruf der Geldvermögensbesitzer.

Die *Indexierung* hat das gleiche Ziel wie die Geldmengenregel, nämlich die Wirtschaftssubjekte in die Lage zu versetzen oder gar zu zwingen, in Realkategorien zu kalkulieren. Werden Lohnabschlüsse, Zinssätze, Steuerzahlungen etc. der Preisänderungsrate angepaßt, so soll sich die Realsphäre voll durchsetzen.²¹ Theoretisch noch unglaubwürdiger als bei der Geldmengenregel ist der Ruf nach Preisstabilität bei der Indexierung. Jede Preisänderungsrate und sogar wechselnde Preisänderungsraten werden von einer totalen Indexierung ausgeschaltet. Im Grunde ist die Indexierung das idealste monetaristische Mittel, Nominalgrößen zu eliminieren und die Wirtschaftssubjekte, selbst wenn sie nicht wollen, in Realkategorien denken zu lassen.²²

Man kann dem Monetarismus zustimmen, daß die Zentralbank unkontrollierte Inflationen wegen der Erosion des Geldsystems und Deflationen wegen der Zerrüttung der Gesamtökonomie zu bekämpfen hat. Es muß ihm jedoch hart widersprochen werden, wenn er glaubt, daß die Zentralbank über Geldmengenregel oder Indexierung den Güter- und Arbeitsmarkt stabilisieren kann. Die große Stunde der Zentralbank schlägt bei der Inflationsbekämpfung per Hochzinspolitik. Ihre Macht zur Bekämpfung einer Deflation ist schon begrenzter, da die Wirtschaftssubjekte (Banken, fungierende Kapitalisten etc.) expansive Impulse der Zentralbank zurückweisen können. *Völlig machtlos ist die Zentralbank bei der Regulierung des Güter- und Arbeitsmarktes.* Eine von der Zentralbank durchgesetzte Geldmengenregel, unterstellt die Zentralbank schaffe dies, kann mit unterschiedlichsten Niveaus von Arbeitslosigkeit verbunden sein und kann in keinster Weise garantieren, daß nicht dennoch kumulative destabilisierende Prozesse entstehen. Um es anders auszudrücken: Inflationen kann die Zen-

tralbank mit dem Mittel der Hochzinspolitik und folgender Arbeitslosigkeit immer bekämpfen. Ihr Ziel, ein stabiles Preisniveau, kann dann allerdings mit unterschiedlichsten Niveaus von (unfreiwilliger) Arbeitslosigkeit verbunden sein. Zu beachten ist, daß eine Politik der Inflationsbekämpfung potentiell immer in eine Deflationsspirale abgleiten kann, der die Zentralbank dann unter Umständen wenig entgegenzusetzen hat. Auch die perfektste Indexierung vermag eine unregulierte Geldökonomie nicht zu stabilisieren. Auch bei stabilem Preisniveau oder konstanter Preisänderungsrate bzw. bei voller Kenntnis der Realgrößen seitens der Individuen verbleibt eine Geldwirtschaft instabil, da auch dann die Unsicherheit des Geldvorschusses in Produktivkapital und Kreditverträge sowie die Existenz einer positiven Liquiditätsprämie gewahrt bleiben. Der Monetarismus erkennt, daß Preisniveaubewegungen immer nur das Resultat und nicht die Ursache instabiler Prozesse sind. Damit kann auch die Beseitigung der Effekte von Preisverschiebungen die Ökonomie nicht stabilisieren. Hinter den monetaristischen Vorstellungen steht letztlich der Glaube an das harmonische Funktionieren des Marktprozesses, der Stabilität des privaten Sektors, welcher nicht nur keine Störungen erzeugt, sondern exogene Schocks verarbeitet (vgl. Brunner 1970). Durch diesen Ansatz setzt der neoklassische Monetarismus neben der Beseitigung des Geldes als Störfaktor auf die Beseitigung aktiver staatlicher Wirtschaftspolitik, die als ein zentrales Potential externer Schocks begriffen wird. Der Staat soll sich nach monetaristischer Auffassung auf die Setzung von Rahmendaten für die Ökonomie begnügen. Neben Inflationsbekämpfung wurde folglich Austeritätspolitik zum zweiten Standbein monetaristischer Politikempfehlung.

Gesells geldreformerische Vorstellungen

Der Urzins, der Grund allen Übels in einer Geldwirtschaft, entspringt aus der Überlegenheit des Geldes, welches gehortet werden kann, gegenüber den Waren, die verderben. Gesell möchte nun den systematischen Vorteil des Geldes beseitigen, indem er *Geld* ausschließlich auf die *Funktion als Transaktionsmittel reduzieren* will — faktisch soll Geld zu einer Ware werden. »Geld, das wie eine Zeitung veraltet, wie Kartoffeln fault, wie Eisen rostet, wie Äther sich verflüchtigt, kann allein sich als Tauschmittel von Kartoffeln, Zeitungen, Eisen und Äther bewähren. Denn solches Geld wird weder vom Käufer noch vom Verkäufer den Waren vorgezogen. Man gibt dann nur noch die eigene Ware gegen Geld her, weil man das Geld als Tauschmittel braucht, nicht, weil man vom *Besitz* des Geldes einen Vorteil erwartet. Wir müssen also das Geld als Ware verschlechtern, wenn wir es als Tauschmittel verbessern wollen« (Gesell 1931, S. 242 f.). An dieser Stelle wird Gesells Kernvorstellung nochmals deutlich. Das Übel des Geldes liegt in der Möglichkeit der Geldhortung, die Says Gesetz der Absatzwege, nach dem jedes Angebot sich über das entstehende Einkommen seine Nachfrage schafft, zerstört. Gesells Geldreform besteht somit darin, das Saysche Gesetz durch die Beseitigung der Hortung zu etablieren. »Wenn wir uns dazu verstehen können, die Vorrechte der Geldbesitzer zu beseitigen und die Nachfrage dem gleichen Zwang zu unterwerfen, dem das Angebot von Natur aus unterliegt, so lösen wir alle Widersprüche des herkömmlichen Geldwesens restlos auf« (Gesell 1931, S. 243). Und noch deutlicher: »Wir brauchen uns nur gegenseitig zu verpflichten, sofort und unter allen Umständen genau soviel zu kaufen, wie wir selbst verkauft haben und, um die Gegenseitigkeit dieser Verpflichtung zu wahren, das Geld so zu gestalten, daß der Verkäufer der Waren durch *Eigenschaften des Geldes* genötigt wird, den mit dem Geldbesitz verknüpften Pflichten nachzukommen und das Geld wieder in Ware umzusetzen« (Gesell 1931, S. 243 f.).

Hortung von Geld und damit auch der Urzins können beseitigt werden indem dem Geld künstliche Durchhaltekosten angeheftet werden. Beim sogenannten *Schwundgeld* soll dessen Besitzer periodisch verpflichtet werden, Marken zu einem bestimmten Betrag auf Geldscheine aufzukleben, ohne die Geld seine Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel verliert. Der Staat hat dabei die Aufgabe, die Höhe der Marken per Zeitperiode und damit die Kosten der Geldhaltung festzusetzen (vgl. Gesell 1931, S. 244 ff.).

Durch das Schwundgeld wird periodisches Horten und Enthorten verhindert und, so Gesell, eine ausreichende Nachfrage bei stabilem Preisniveau erreicht. Zudem obliegt es dem Staat, durch Ausdehnung und Einschränkung der Geldmenge, das Preisniveau konstant zu halten (vgl. Gesell 1931, S. 259). Der juristische Kunstgriff des Schwundgeldes vollbringt bei Gesell reine Wunder. Er beseitigt den Urzins und wird »in kurzer Zeit den Zins in einem Meer von Kapital ersaufen« (Gesell 1931, S. 243), also den Profit eliminieren; er beseitigt Krisen und Arbeitslosigkeit und hält das Preisniveau stabil; kurz: er läßt »Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld« — so der Titel von Gesells Hauptwerk — entstehen.²³

Die Gesellsche Idee des Schwundgeldes ist das Resultat einer unvollständigen Analyse und wird zu einem fragwürdigen Instrument. Gesell sowie alle seine Schüler glauben durch die Unterdrückung der Geldhortung die bestehende Geldwirtschaft in einen Hort der Harmonie verwandeln zu können. Die generelle Kritik, daß eine Ökonomie durch die Regulierung der Geldsphäre nicht stabilisierbar ist, wurde schon bei der Kritik der Quantitätstheorie betont und braucht nicht mehr ausgeführt zu werden. Ich will deshalb jetzt das Konzept des Schwundgeldes diskutieren. Zunächst bleibt unklar (und bei modernen Geldreformen auch umstritten) wieweit auch Sichtdepositen als Geldsubstitute künstlichen Durchhaltekosten unterworfen werden sollen. Würde dies nicht geschehen, so würde die Bargeldzirkulation radikal zu Gunsten der Sichtdepositenzirkulation eingeschränkt. Die Hortung fände dann einfach in der Form des Haltens von Geldsubstituten statt. Also wird man auch die Sichtdepositen mit Durchhaltekosten belasten müssen. Aber wie steht es mit Festeinlagen von 3 Tagen, mit Termineinlagen von 2 Monaten oder mit Spareinlagen? Ein fundamentales Problem des Schwundgeldes deutet sich hier an: Wirtschaftssubjekte werden versuchen, der verlustbringenden Geldhaltung zu entgehen. Ob dies dann allerdings zu gesellschaftlicher Nachfrage, wie von Gesell erhofft, führt, ist eine gänzlich andere Sache. Vermögende, die gesellschaftlich abstrakten Reichtum in sicherer Form in die Zukunft transferieren wollen, werden sich durch Schwundgeld nicht zu Nachfrage oder gar Investitionen zwingen lassen. Es werden sich Geldsubstitute entwickeln, die von ausländischen Währungen über Edelmetalle bis zu »Betongold« und Grundstücken reichen. Das Schwundgeld mag dann zwar noch als Transaktionsmittel fungieren, alle wesentlichen Geldfunktionen — Geld als Wertaufbewahrungsmittel und als Inhalt von Schuldverträgen — werden jedoch auf andere Objekte übergehen. Als Anschauungsmaterial für solche Fälle können derzeit viele Entwicklungsländer mit hohen Inflationsraten dienen. Die heimische Währung hat in diesen Ländern faktisch nur noch die Funktion des Transaktionsmittels, während alle anderen Geldfunktionen auf den Dollar als Weltgeld übergegangen sind.

Keynes war sich der Schwächen des Schwundgeldes bewußt. Neben der generellen Skepsis des Erfolges einer lediglich geldlichen Politik vor dem Hintergrund schwankender Profiterwartungen (vgl. Keynes 1936, S. 138), betonte er die Unmöglichkeit, über juristische Tricks die Funktionen des Geldes auf ein Tauschmittel zu reduzieren. »Wir können vom Gelde nicht einmal dadurch loskommen, daß wir das Gold und Silber und die gesetzlichen Zahlungsmittel abschaffen. Solange es irgendeinen dauerhaften Vermögensbestand gibt, wird er

fähig sein, geldliche Eigenschaften zu besitzen und daher die kennzeichnenden Probleme einer geldlichen Wirtschaft hervorrufen« (Keynes 1936, S. 248). Gesell war »sich nicht bewußt, daß das Geld nicht einzigartig darin ist, daß ihm eine Liquiditätsprämie anhaftet, sondern in dieser Beziehung nur im Grad von vielen anderen Waren abweicht, und daß seine Bedeutung daher rührt, daß es eine *größere* Liquiditätsprämie als irgendeine andere Ware hat. Wenn den Banknoten somit durch das Stempelgeld ihre Liquiditätsprämie genommen würde, würde eine lange Reihe von Ersatzmitteln in ihre Fußstapfen treten — Bankgeld, täglich abrufbare Darlehn, ausländisches Geld, Juwelen und Edelmetalle im allgemeinen und so weiter« (Keynes 1936, S. 302).

Es gibt eine Vielzahl gigantischer Tests für die Tauglichkeit von Durchhaltekosten auf Geld.²⁴ Jede Inflation vernichtet den Vorteil des Geldes im Vergleich zur Ware und zerstört auch die Liquiditätsprämie auf Geld. Doch was wird durch die Inflation bewirkt? Eine allgemeine Flucht aus dem Geld führt zu einer kumulativen Zuspitzung der Inflation, wenigstens solange, bis die Zentralbank über brutale Geldmengenverknappung den Inflationsprozeß stoppt. Einem Schwundgeld ginge es nicht besser. Es würde wie eine heiße Kartoffel von Hand zu Hand gereicht werden und inflationär wirken. Wollte Gesell dann Preisstabilität durch exogene Geldmengenregulierung, dann hätte er unweigerlich die schönste Stabilisierungskrise.

Gesell betont Geld als Wertaufbewahrungsmittel und vergißt Geld in seiner Funktion als Mittel des Geldvorschusses in Kreditverträge und Produktivkapital. Damit kommt er — ähnlich wie Keynes — zu einer unvollständigen Erfassung des Bankensystems und der Macht der Zentralbank zur Geldmengenregulierung. Weitaus wichtiger als Hortung und Enthortung ist die Entwicklung der marktendogenen Schöpfung und Vernichtung von Geld über die Kreditexpansion des Bankensystems zusammen mit dem Unternehmenssektor. Investitionen können durch Schwundgeld nicht erzwungen werden. Kein Unternehmen wird wegen eines Schwundgeldes zur Kreditaufnahme und Investition gezwungen. Dies gilt auch bei hoher Nachfrage, die möglicherweise durch den Ausstieg aus Geld seitens der Haushalte entsteht. Gleiches gilt für den Bankier, der durch Schwundgeld ebenfalls keinerlei Zwang zur Kreditexpansion mittels Refinanzierung bei der Zentralbank unterworfen wird. Schwundgeld hat keinerlei positive Wirkungen auf den »Zustand des Vertrauens«, um mit Keynes zu reden, und kann selbstredend nicht auf bei der Zentralbank »liegendes« ungeschöpftes Geld angewandt werden und muß folglich ins Leere laufen.

Die Vorstellung vom Schwundgeld und seinen wunderbaren Wirkungen ist ein schöner Traum (und deshalb für manchen Jünger auch so eingänglich), er bleibt jedoch der Idylle einer stabilen Tauschwirtschaft verhaftet, die mit einer Geldwirtschaft wenig gemein hat.

III. Keynes' Plädoyer für eine regulierte Geldwirtschaft

Bei Keynes' wirtschaftspolitischen Vorstellungen ist zwischen kurzfristigen Empfehlungen (im Rahmen gegebener Strukturen) und einer langfristigen Vision, die die derzeitige Geldwirtschaft substantiell modifizieren würde, zu unterscheiden.

Der Kern der Instabilität einer Geldwirtschaft liegt im marktmäßigen Auseinanderlaufen der erwarteten Profitrate und des Zinssatzes. Die eher kurzfristigen wirtschaftspolitischen Empfehlungen zur Bekämpfung einer Krise bestehen folglich darin, den Zinssatz zu senken und die erwartete Profitrate zu stabilisieren. Entgegen den IS-LM-Fiskalisten, die den Schwer-

punkt auf die Fiskalpolitik legten, betont Keynes in »Vom Gelde« und in der »Allgemeinen Theorie« die Notwendigkeit von Zinssenkungen zur Belebung der Konjunktur. Glaubte er in »Vom Gelde« noch über die Geldpolitik allein die Ökonomie stabilisieren zu können — er sprach von einer Offenmarktpolitik bis zum »Sättigungspunkt« (vgl. Keynes 1931, S. 596 ff.) —, so wurde er in der »Allgemeinen Theorie« auf Grundlage der Annahme eines periodisch zerrüttetem Zustand des Vertrauens gegenüber rein geldlichen Maßnahmen skeptischer. Er schrieb der Geldpolitik gleichwohl »unter normalen Verhältnissen immer noch einen großen, wenn auch nicht entscheidenden Einfluß auf die Rate der Investitionen (zu).« (Keynes 1936, S. 138). Eine Politik des leichten Geldes ist auf jeden Fall »eine große Hilfe und wahrscheinlich eine notwendige Bedingung für den Anstieg.« (Keynes 1936, S. 268).²⁵

Fiskalpolitik als zweites Bein traditioneller Globalsteuerung hat bei Keynes nicht die Funktion, fehlende Investitionsnachfrage durch staatliches deficit-spending zu ersetzen, sondern die Profiterwartungen zu stabilisieren und durch Nachfragestützung eine Depression abzufangen (vgl. Keynes 1933b). Damit widerspricht Keynes dem Nachfragekeynesianismus des IS-LM-Modells, welches auf Grund seiner Aggregation von Investitions- und Konsumgütern zu »Gütern« (vgl. Leijonhufvud 1973) ein simples Ersetzen der Privatinvestitionen durch staatlichen und privaten Konsum impliziert. Keynes betonte dagegen deutlich, daß es wegen der »unlenkbaren und unfügamen Psychologie der Geschäftswelt« in einer Krise äußerst schwierig ist, einen Aufschwung über Geld- und Fiskalpolitik zu induzieren (vgl. Keynes 1936, S. 268).

Mit aller Schärfe sah Keynes — zumindest unter dem Regime fixer Wechselkurse — das Dilemma zwischen binnenwirtschaftlich notwendiger Beschäftigungspolitik und externen Restriktionen. Die Problematik liegt dabei weniger bei den Warenströmen, sondern in erster Linie bei Kapitalströmen als Ausdruck des Kalküls der Geldvermögensbesitzer. Keynes betonte die Notwendigkeit der Ausschaltung des Marktes zwischen In- und Ausland als unumgängliche Voraussetzung nationaler Politik. Besonders Kapitalverkehrskontrollen und generell eine möglichst geringe kreditmäßige Verflechtung zwischen den Nationen waren für ihn zur Absicherung einer nationalen Politik unumgänglich (vgl. Keynes 1933a, Keynes 1931, S. 545 ff.). Es wäre sicherlich falsch, Keynes einen Hang zur Autarkie zu unterstellen. Sein Ideal war im Gegenteil ein Weltwirtschaftssystem mit einer starken Weltzentralbank, die, wenn man so will, auf internationaler Ebene eine Politik des leichten Geldes ermöglichen und insgesamt die internationalen Beziehungen so regulieren sollte, daß Hegemonialstrukturen und Ungerechtigkeiten ausgeschlossen werden. Die Leistungsbilanzen zwischen den Nationen sollten dabei als politische Norm mittelfristig ausgeglichen werden. Deutlich wird diese Vorstellung am sogenannten Keynes-Plan zur Strukturierung des Bretton-Woods-Systems, in dem Keynes ein künstliches Weltgeld und dessen gemeinsame internationale Kontrolle vorschlug. Nationale Abkoppelung war für ihn nur soweit notwendig, wie auf internationaler Ebene keine gemeinsame Politik möglich war. Er war allerdings, im Unterschied beispielsweise zu Hankel (vgl. Hankel 1984), gegenüber der Durchsetzbarkeit eines solchen idealen Währungssystems skeptisch. Folglich hat er für nationale Abkoppelung plädiert, um überhaupt Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen. Dubios war seine Ansicht, daß flexible Wechselkurse an sich eine bedeutend größere Autonomie bewirken könnten (vgl. Keynes 1935). Trifft dies zwar für kontraktive Politik, die unter einem System fixer Kurse für eine einzelne Nation fast unmöglich ist, zu, so gilt dies keineswegs bei expansiver Politik. Betreibt eine Nation isoliert eine Politik des leichten Geldes, so führen Kapitalabflüsse und Inflation — diese entsteht aus externen Gründen durch steigende Importpreise und in der Regel auch aus internen Gründen

im Rahmen steigender Nachfrage und Geldlöhne — in eine kumulative Abwertungs-Inflations-Spirale (vgl. Herr 1983).

Man kommt Keynes ziemlich nahe, wenn man davon ausgeht, daß er Geld- und Fiskalpolitik einschließlich notwendiger außenwirtschaftlicher Absicherungen als Mittel zur Verhinderung der extremsten Instabilitäten einer Geldwirtschaft ansah. Zur Erreichung seines längerfristigen Ziels, »der idealen und sozialen Republik der Zukunft« (Keynes 1933a, S. 83), hatte er viel weitergehende Vorstellungen, nämlich den »Übergang von wirtschaftlicher Gesetzlosigkeit zu einer Ordnung, die bewußt auf eine Überwachung und Lenkung der wirtschaftlichen Kräfte im Sinne gesellschaftlicher Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Gleichgewichts abzielt« (Keynes 1925, S. 93).

Die Umriss der Keyneschen Vision einer *regulierten Geldwirtschaft* sollen folgend kurz dargestellt werden (vgl. auch Herr 1985). Im Mittelpunkt der Vorstellungen steht eine »sozial geleitete Investitionsrate« (Keynes 1936, S. 275). Ausgefüllt bedeutet dies »eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investitionen« (Keynes 1936, S. 319), wobei nun aber keineswegs eine Verstaatlichung nach planwirtschaftlichem Muster intendiert wird, sondern schwerpunktmäßig an »halb-autonome Körperschaften im Rahmen des Staates« (Keynes 1926, S. 111) gedacht wird. Diese halb-autonomen Körperschaften sollen demokratisch legitimiert sein, jedoch weiter auf eigene Rechnung arbeiten. Als Anknüpfungspunkte nennt Keynes dabei öffentliche Unternehmungen und Aktiengesellschaften, die in halb-autonome Körperschaften überführt werden könnten. Ein großer Sektor gesellschaftlich legitimerter und zusammenwirkender Körperschaften soll also die gesellschaftliche Investitionstätigkeit in ihren Grunddimensionen steuern. Keynes knüpft hier, durchaus dem damaligen Zeitgeist folgend, an die Ideen der gemischten Wirtschaft mit Staatsunternehmen, einem großen Sektor öffentlicher, aber selbständig wirtschaftender Unternehmen und hergebrachten Unternehmensformen sowie der Idee der Wirtschaftsdemokratie an.

Ein systemsprengendes Element der Keyneschen Vision ist die Beseitigung des Zinsens und Profits. Beides hält Keynes nicht nur für arbeitsloses, sondern auch für leistungsloses Einkommen (vgl. Keynes 1936, S. 317). Er fordert »den sanften Tod des Rentiers, des funktionslosen Investors« (Keynes 1936, S. 317) mittels einer kontinuierlichen Senkung des Zinssatzes auf Null. Damit soll die Knappheit des Produktivkapitals, welche nur durch die Zinsbarriere erzeugt wird, aufgehoben werden. Die Preise enthalten dann nur noch die Kosten für Löhne, Vorleistungen etc., während die Neuwertschöpfung ausschließlich der Arbeit zufällt.

Fällt der Zins als Inflationsbremse weg, so muß Preisstabilität auf anderem Wege erreicht werden. Langfristig wird bei Keynes das Preisniveau über die Geldlöhne (die Kosten) bestimmt und nicht wie beim Monetarismus über die Geldmenge (vgl. Keynes 1931, S. 109 ff.). Preisstabilität ist demnach nur erreichbar, wenn die Geldlöhne stabil bleiben bzw. nicht stärker als die Rate der Produktivitätsentwicklung ansteigen. Bei Vollbeschäftigung bewirken die Marktkräfte auf dem Arbeitsmarkt in einer unregulierten Geldwirtschaft jedoch wegen der Knappheit der Arbeitskräfte Geldlohnsteigerungen, die die Ökonomie in eine Lohn-Preis-Spirale hineinführen, die endogen zu kumulativen Preisniveauerhöhungen führt. Das bedeutet, daß in einer unregulierten Geldwirtschaft Arbeitslosigkeit die marktmäßige Bedingung für Preisstabilität bildet und damit zum Normalzustand der Ökonomie gehört (vgl. Riese 1979). Das Ziel der Vollbeschäftigung bedarf daher auch der Regulierung der Marktprozesse auf dem Arbeitsmarkt, also einer Regulierung der Geldlöhne.

Die Stabilisierung des Preisniveaus bietet ein zusätzliches Problem, da bei einem Zinssatz von Null die Kreditexpansion, zumindest an dem verbleibenden privat organisierten Sektor, un-

ter Umständen gebremst werden muß, um die Investitionsnachfrage nicht über die freiwillige Ersparnis hinausschießen zu lassen. Soll in einer solchen Situation nicht auf positive Zinsen als Bremse zurückgegriffen werden, so wäre eine Kreditrationierung unumgänglich. Insgesamt scheint Keynes die Schärfe des Konfliktes zwischen Vollbeschäftigung sowie einem Zinssatz von Null und Preisstabilität nicht erkannt zu haben, jedenfalls hat er der Problematik niemals die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt.

Vollzieht nicht die gesamte Welt den Schritt zu einer regulierten Geldwirtschaft, so ist eine außenwirtschaftliche Absicherung unabwendbar. Gleichgültig ob nun eine einzelne Nation oder ein Block von Nationen das Keynesche Experiment beschreitet, eine Binnenmarktorientierung und vor allem die Unterbindung des internationalen Kapitalverkehrs wäre in absehbarer Zeit für diese Nation bzw. den entsprechenden Block unausweichlich.

Regulierung der Investitionstätigkeit über einen halb-autonomen öffentlichen Sektor, Regulierung des Arbeitsmarktes sowie Regulierung der außenwirtschaftlichen Beziehungen sind die drei Säulen der Keyneschen Vision einer regulierten Geldwirtschaft, die als Ziel anhaltende Vollbeschäftigung sowie Beseitigung von leistungslosem Einkommen postuliert.

Insgesamt erweist sich das Keynesche Paradigma für die Wirtschaftspolitik in ihrer kurz- sowie langfristigen Perspektive fruchtbar, da es verschiedene Kategorien enthält, welche eine Verbindung zwischen dem sogenannten politisch-sozialen System und der Ökonomie im engeren Sinne beinhalten. Zu denken ist an die erwartete Profitabilität von Produktivkapital, die Liquiditätsprämie und die Geldlöhne, welche über das Tarifvertragswesen ebenfalls eine politische Komponente enthalten (vgl. Robinson 1973). Diese Kategorien erlauben es, über eine Vorstellung der deterministischen Entwicklung der Ökonomie auf Grund physischer Sachverhalte (Ressourcenbestände, Produktivitätsentwicklung, Technik etc.) hinwegzukommen. Besonders deutlich wird dies bei der Profiterklärung, die bei Keynes keiner physischen Knappheit geschuldet ist. Gleichzeitig eröffnen diese Kategorien den Blickwinkel für die Grenzen der ökonomischen Stabilisierung durch traditionelle Globalsteuerung. Jede Wirtschaftspolitik scheitert, wenn sie nicht den Zustand des Vertrauens, der sich in den Profiterwartungen und der Liquiditätsprämie ausdrückt, verändern kann — und dies ist in aller Regel nicht durch simple »Feinsteuerung« ökonomischer Aggregate möglich, sondern bedarf gesamtgesellschaftlicher Prozesse, die Politik und Ökonomie verändern. Auch die langfristige Vision von Keynes ist fruchtbar, da sie einerseits Schritte zu einer stabileren und sozialeren Gesellschaft angeben kann und andererseits das Ausmaß der notwendigen Regulierungen verdeutlicht.

Anmerkungen

- 1 Fisher kann der neoklassischen Schule zugerechnet werden. Da Klassik und Neoklassik in bezug auf die Quantitätstheorie zusammengefaßt werden können, wurde auf frühere Darstellungen der Quantitätstheorie verzichtet, zumal dadurch kein analytischer Gewinn erzielt werden könnte. (Zu den Klassikern vgl. beispielsweise Ricardo 1911, Mill 1869).
- 2 Englische Zitate sind von mir übersetzt worden.
- 3 Die mikroökonomische Variante des Realkasseneffektes hat besonders Patinkin entwickelt (vgl. Patinkin 1965).
- 4 Daneben ist zu beachten, daß die Neoquantitätstheorie nur unter äußerst restriktiven und im Grund unrealistischen Annahmen intern widerspruchsfrei bleibt. Die Theorie gilt nur dann, wenn die Opportunitätskosten der Geldhaltung ausgeschaltet sind. Denn sobald Opportunitätskosten in der Form entgangener Zinsen oder gar tatsächliche Zinskosten der Geldhaltung auftauchen, wird die Geldhaltung zinsabhängig und zerstört die Proportionalität zwischen Geldmengenschwankungen und Preisniveau. Die Ausschaltung der Opportunitätskosten gelingt dabei nur wenn der Geldzinssatz mit der Verzinsung der Geldhaltung übereinstimmt — woher letztere kommen soll, bleibt unklar — oder der Realzinssatz der Deflationsrate entspricht (vgl. Riese 1986a, Kap. 1).
- 5 Daß der Marktprozeß ohne *Auktionator* das walrasianische Gleichgewichtssystem zum Gleichgewicht führt, muß unterstellt werden. Die moderne Forschung hat wesentlich nur untersucht, ob es ein solches Gleichgewicht überhaupt und unter welchen Bedingungen gibt. Das Postulat der Stabilität der Realsphäre ist demnach ein reines Glaubensbekenntnis (vgl. Hahn 1982).
- 6 Die Theorie rationaler Erwartungen scheitert methodisch an dem Problem, daß es nicht nur einen denkbaren Zusammenhang zwischen Geldmenge und Preisniveau gibt — selbst wenn es nur eine richtige Theorie gibt, können Individuen in falschen Theorien denken. So ist es für ein neoklassisch denkendes Individuum durchaus irrational, die glatte Quantitätstheorie anzunehmen, wenn es annimmt, daß Teile der Gesellschaft keynesianisch denken. (Zur Diskussion rationaler Erwartungen vgl. auch Riese 1983b).
- 7 Da auch Fiskalpolitik als Element immer die Geldpolitik enthält, kann Makropolitik generell zum Störfaktor der Realsphäre werden. Auf die Fiskalpolitik soll hier jedoch nicht eingegangen werden.
- 8 Keynes wird hier in einer monetären Richtung interpretiert, die sich an verschiedensten Punkten von der gängigen Hicksschen IS-LM-Version unterscheidet. Die monetäre Interpretation kann sich an Leijonhufvud und Riese anlehnen (vgl. Leijonhufvud 1973, Riese 1983a sowie Riese 1986a).
- 9 Marx' Analyse des Geldes ist zwiespältig. Einerseits hat Marx wie kein anderer Ökonom seiner Zeit die Funktionen des Geldes abgeleitet sowie auch tiefe Einsichten in das Kreditsystem vorweggenommen. Andererseits faßt er Geld und Kredit als letztlich abgeleitet. Geld wird bei Marx zwar zur Basis des Kapitals als sich verwertender Wert, seltsamerweise verläßt er dann aber die Formanalyse der Gesellschaft und sieht ein Scheitern der kapitalistischen Gesellschaft in naturgesetzlichen Faktoren spezifischer Technikentwicklung — ausgedrückt im langfristigen Fall der Profitrate auf Grund steigender technischer und organischer Zusammensetzung des Kapitals. Daneben bleibt Marx Klassiker in dem Sinne, daß er als Basis seiner Analyse keine Handlungstheorie wählte und auch auf dieser Ebene von quasi naturgesetzlich determinierten gesellschaftlichen Abläufen mit den Menschen als reinen Charaktermasken ausging.
- 10 Der Vermögenshaushalt kann ebenfalls als Gläubiger auftreten. Quantitativ und auch von seiner Stellung her ist der Bankier jedoch relevanter. Die Vermögenshaushalte seien unter dem Bankier subsummiert.
- 11 Dies zeigt sich quantitativ daran, daß der Unternehmenssektor immer Nettoschuldner ist. Die Abstraktion, daß der fungierende Kapitalist als reiner Unternehmer ohne jegliches Eigenkapital arbeitet, ist demnach durchaus möglich und vernünftig. Sie bedeutet allerdings nicht, daß der Unternehmer dann zum passiven Vikar anderer ökonomischer Agenten wird. Er bleibt auch dann ein zentraler Agent, da er es ist, der über Kapitalvorschuß in Produktivkapital und Kreditaufnahme entscheidet.

- 12 Das IS-LM-Modell als Ausdruck der Standardversion des Keynesianismus impliziert damit einen Marktprozeß, der zum Gleichgewicht tendiert. So führt — im Gegensatz zu Keynes — die sinkende Transaktionskasse in der Krise zu einem zinsenkenden Überschußangebot an Geld. »Schlechte Verhaltensweisen« wie die Liquiditätsfalle müssen dann als Begründung für die Starrheit des Zinssatzes in der Krise herhalten. Daß eine Investitionsschwäche gleichzeitig einen verstärkten Hang zur Hortung impliziert und damit zinssteigernd wirkt, bleibt dieser Position verborgen.
- 13 Sicherlich hat das IS-LM-Modell Keynes nochmals reduziert, als es den Vermögensbesitzer nur zwischen Geld und Bonds wählen ließ, wobei der Unternehmer dann nur über eine Investitionsfunktion angehängt wird. Die Dominanz der Börse wird jedoch auch nicht zurückgedrängt, wenn der Börsianer auch Aktien kaufen kann.
- 14 Keynes hat im 17. Kapitel der Allgemeinen Theorie eine breitere Fassung der Liquiditätsprämie gegeben. Das 17. Kapitel ist jedoch auf Grund des Konzeptes der Eigenzinssätze unklar oder doch zumindest verwirrend.
- 15 Sobald ein Vermögensbesitzer sich selbst verschuldet, um Geld vorzuschießen — ein Prototyp ist hierbei der Bankier —, wirkt sich die Erhöhung der Unsicherheit nicht mehr primär in dem Wunsch nach höherer Geldhaltung aus, sondern in dem Wunsch, selbst weniger Kredite aufzunehmen. Die Hortung des Bankiers nimmt folglich die Form der Verweigerung von Kreditvermittlung zwischen Zentralbank (und Vermögenshaushalten) und Unternehmen an. Über diese Schiene gelingt dann auch die Endogenisierung der Geldmenge bzw. die Ableitung der asymmetrischen Macht der Zentralbank.
- 16 Die sehr knappe Darstellung mag unbefriedigen, jedoch sollte sie genügen, die Rolle des Geldes im Keynesischen Paradigma zu verdeutlichen. Eine differenziertere Analyse zwischen fungierendem Kapitalist, Bankier, Vermögenshaushalt, Zentralbank etc. versuche ich in meiner demnächst fertiggestellten Dissertation zu entwickeln.
- 17 Gesell begründet auch, warum der Urzins um diesen Wert schwankt. Die Macht des Geldinhabers ist nicht unbegrenzt. Drückt er die Warenbesitzer zu stark, so können sich diese durch Subsistenzwirtschaft, Tauschhandel und Wechselzirkulation seinem Zugriff entziehen. Da Geld jedoch für die Arbeitsteilung effizient ist, lassen sich die Warenbesitzer bis etwa 4 bis 5 % Urzins drücken; ab dieser Rate wird es dann aber vorteilhaft, auf Geld zu verzichten (vgl. Gesell 1931, S. 334 ff.).
- 18 Schon Fisher hat eine Geldmengenregel in Betracht gezogen. Unter dem Eindruck der damals noch dominierenden Goldwährung konnte er sich jedoch nicht zu einer national anwendbaren Geldmengenregel durchringen. Er empfahl vielmehr eine regulierte Goldwährung, die Preisniveauschwankungen international verhindern sollte (vgl. Fisher 1922, Kap. XIII).
- 19 Friedman hat in »Die optimale Geldmenge« eine permanente Deflationsrate als optimal abgeleitet, da über die dann steigende reale Geldmenge positive Wohlfahrtseffekte auftauchen. Offensichtlich hat er sich dabei selbst nicht getraut, denn »praktische Überlegungen, so glaube ich, lassen es unklug erscheinen, als politisches Ziel eine Deflationspolitik für die Endproduktpreise zu empfehlen« (Friedman 1976c, S. 69).
- 20 Aus dem Keynesischen Paradigma ergibt sich dagegen ein eindeutiger Zwang für Preisstabilität (vgl. Riese 1986a), wobei Deflationen für die ökonomische Stabilität tödlich sind und Inflationen in sich die Tendenz tragen, sich laufend zu beschleunigen und zur Erosion des Geldsystems zu führen. Deflationen führen zu einer »Flucht ins Geld« und über steigende Schuldenlasten der Unternehmen, fallende Ertragsersparungen etc. zur tiefen Depression, während Inflationen zur »Flucht aus dem Geld« und zu einem sich aufschaukelnden Lohn-Preis-Mechanismus und Gewinninflation führen (vgl. Keynes 1931).
- 21 Obwohl Indexierung — im Extremfall sogar der Geldhaltung — nach monetaristischer Logik den Einfluß von Nominalgrößen am weitestgehenden eliminieren könnte, wird die Indexierung nur als Unterstützung der Geldmengenregel betont. »Nicht die Indexierung, sondern die Geldpolitik ist das Instrument, das dem Ziel der Preisstabilität zuzuordnen ist.« (Vaubel/Ahnefeld 1974, S. 6). Besonders während eines Stabilisierungsprozesses — also der Phase der Zurückführung einer Inflationsrate — soll die Indexierung temporäre Arbeitslosigkeit verhindern, da die Geldlöhne nach un-

ten flexibel werden.« Solange der Stabilisierungsprozeß noch nicht abgeschlossen ist, haben Indexklauseln überdies den Vorteil, daß sie den noch verbleibenden Erhöhungen des Preisniveaus weitgehend ihre unsozialen Verteilungswirkungen und verzerrenden Allokationswirkungen nehmen, sie kurieren deshalb nicht nur an Symptomen, sondern sie verhindern, daß die Krankheit Inflation zu schweren Störungen des volkswirtschaftlichen Organismus führt und bleibenden Schaden hinterläßt« (Vaubel/Ahnefeld 1974, S. 8; vgl. auch Giersch 1974).

- 22 Potentiell stabilisierende Wirkungen einer Indexierung brauchen auch von einer keynesianischen Position nicht bestritten zu werden. So führt die Indexierung während der Rückführung einer Inflation oder in einer Deflation bei nachhinkenden Nominalzinssenkungen sicherlich zur Verhinderung der Erhöhung der Realschulden und begrenzt dadurch Unternehmenszusammenbrüche etc. (Vergleiche dazu auch Giersch 1974). Giersch führt dabei eine Liste der Befürworter der Indexierung auf, die von Friedman bis zum Keynesianer Tobin reicht.
- 23 Einige der moderneren Gesellianer übernahmen das Keynesische Konzept der Liquiditätsprämie um Horten, Zins und Profit etc. zu erklären. Das Schwundgeld hat dann die Liquiditätsprämie auf Geld zu beseitigen (vgl. z.B. Suhr 1983, Suhr 1986). Andere Geldreformer sind nahezu reine Monetaristen und treten für eine strikte Geldmengenregel ein. Sie kritisieren am Monetarismus allerdings, daß die Geldmengenregel auf Grund von Hortung und Enthortung nicht einfach durchzusetzen sei. Das Schwundgeld hat dann die Funktion, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zu stabilisieren, um darüber erst eine wirksame Geldmengenregel durchsetzen zu können« (vgl. z.B. Creutz 1984).
- 24 Es ist geradezu grotesk, wenn Gesellianer als Beweis der Funktionsfähigkeit des Schwundgeldes zwei Experimente in zwei kleinen Orten (Schwanenkirchen und Wörgel) anführen.
- 25 Betrachtet man die Biographie von Keynes, so stand Zinspolitik immer im Zentrum seiner wirtschaftspolitischen Vorstellungen. Von der Analyse des Zinssatzes zur externen Stabilisierung in der »Indian Currency and Finance« (1913) bekam die Geldpolitik zunehmend die Funktion der internen Stabilisierung. Vergleiche dazu die detaillierte Analyse in Riese 1986a, Kap. VII.

Literatur

- Brunner, K. (1970), The »Monetarist Revolution« in Monetary Theory. In: *Weltwirtschaftliches Archiv*, Vol. 105
- Creutz, H. (1984), *Die Rolle der Geldordnung in der Wirtschaft und ihre Auswirkung auf die Entwicklung der Krisen oder: Geldordnungspolitik aus gesellianischer Sicht*, Manuskript
- Davidson, P. (1984), *Die Postkeynesianische Wirtschaftswissenschaft: Die Lösung der Krise der Wirtschaftstheorie*. In: D. Bell, I. Kristol (Hrsg.), *Die Krise der Wirtschaftstheorie*, Berlin, Heidelberg 1984
- Fisher, I. (1922), *Die Kaufkraft des Geldes*, 2. Auflage, Berlin
- Fisher, I. (1933), The Debt Deflation Theory of Great Depressions. In: *Econometrica*, Vol. 1; 1933, S. 337
- Friedman, M. (1974), zuerst (1970), *A Theoretical Framework for Monetary Analysis*. In: R.J. Gordon (ed.), *Milton Friedman's Monetary Framework*, Chicago 1974
- Friedman, M. (1976a), zuerst (1967), *Die Rolle der Geldpolitik*. In: M. Friedman, *Die optimale Geldmenge und andere Essays*, Frankfurt 1976
- Friedman, M. (1976b), zuerst (1956), *Die Quantitätstheorie des Geldes: eine Neuformulierung*. In: M. Friedman, *Die optimale Geldmenge und andere Essays*, Frankfurt 1976
- Friedman, M. (1976c), zuerst (1969), *Die optimale Geldmenge*. In: M. Friedman, *Die optimale Geldmenge und andere Essays*, Frankfurt 1976
- Gebauer, W. (1982), *Realzins, Inflation und Kapitalzins*, Berlin
- Gesell, S. (1911), *Die neue Lehre vom Geld und Zins*, Leipzig
- Gesell, S. (1931), *Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld*, 7. Auflage, Hochheim (Erfurt)

- Giersch, H. (1974), *Indexklauseln und Inflationsbekämpfung*. In: W. Ehrlicher (Hrsg.), Probleme der Indexbindung, Beihefte zu Kredit und Kapital, Heft 2, Berlin 1974
- Hahn, F. (1982), Reflections on the Invisible Hand. In: *Lloyds Bank Review*, April 1982, S. 1
- Hankel, W. (1984), *Gegenkurs. Von der Schuldenkrise zur Vollgeschäftigung*, Berlin
- Herr, H. (1984), *Kapitalistische Weltwirtschaft und alternative Währungspolitik*. In: M. Ernst-Pörksen (Hrsg.), Alternativen der Ökonomie — Ökonomie der Alternativen, Berlin 1984
- Herr, H. (1985), Mit Keynes gegen den Nachfragekeynesianismus. Oder: Was hat Keynes in der heutigen sozialdemokratischen wirtschaftspolitischen Diskussion noch zu sagen? In: *spw* 28, 1985, S. 300
- Herr, H. (1986), *Zentralbank und Spielräume alternativer Geldpolitik*. In: Projektgruppe Grüner Morgentau (Hrsg.), Perspektiven ökologischer Wirtschaftspolitik, Frankfurt, New York 1986, S. 431
- Hicks, J.R. (1937), Mr. Keynes and the Classics: A Suggestet Interpretation. In: *Econometrica*, Vol 5, 1937
- Keynes, J.M. (1925), *Bin ich ein Liberaler?* In: H. Mattfeldt (Hrsg.), Keynes — Kommentierte Werkauswahl, Hamburg 1985, S. 86
- Keynes, J.M. (1926), *Das Ende des Laissez-Faire*. In: H. Mattfeldt (Hrsg.), Keynes — Kommentierte Werkauswahl, Hamburg 1985, S. 96
- Keynes, J.M. (1931), englisch (1930), *Vom Gelde (A Treatise on Money)*, Berlin
- Keynes, J.M. (1933a), *Nationale Selbstgenügsamkeit*. In: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche, Vol. 57, 1933, S. 561
- Keynes, J.M. (1933b), *Wege zur Wiedererlangung der Prosperität*. In: H. Mattfeldt (Hrsg.), Keynes — Kommentierte Werkauswahl, Hamburg 1985, S. 143
- Keynes, J.M. (1936), *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, Berlin
- Keynes, J.M. (1937), The General Theory of Employment. In: *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 51, 1937
- Krüger, S. u.a. (1984), *Keynes contra Marx?* Hamburg
- Leijonhufvud, A. (1973), englisch (1966), *Über Keynes und den Keynesianismus*, Köln
- Marx, K. (1894), *Das Kapital*, Band 3, Zitiert nach: Marx-Engels-Werke, Bd. 25, Berlin/DDR, o.J.
- Mill, J.S. (1869), *Principles of Political Economy*, 6th edition. Deutsch: Grundsätze der Politischen Ökonomie, Bd. 6, Aalen 1968
- Oppenheimer, F. (1935), Freiland — Freigeld. Kritik der Geld- und Krisentheorie Silvio Gesells. In: *Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft*, 71. Jg., 3. Heft, S. 313
- Patinkin, D. (1965), *Money, Interest, and Prices*, second edition, New York
- Ricardo, D. (1811), *The high Price of Bullion. A Proof of the Depreciation of Banknotes*. Deutsch in: K. Diehl, P. Mombert (Hrsg.), *Vom Gelde*, Frankfurt 1979, S. 62
- Riese, H. (1979), Wirtschaftspolitik unter veränderten historischen Bedingungen. In: *Frankfurter Hefte*, 10/1979, S. 20
- Riese, H. (1983a), *Geldökonomie, Keynes und die Anderen. Kritik der monetären Grundlagen der Orthodoxie*. In: P. de Gijsel u.a. (Hrsg.), Ökonomie und Gesellschaft, Jahrbuch 1. Die Neoklassik und ihre Herausforderung, Frankfurt, New York 1983
- Riese, H. (1983b), *Zur Theorie rationaler Erwartungen. Neoklassische Grundlagen und keynesianischer Gegenentwurf*. In: G. Bombach u.a. (Hrsg.), Makroökonomie heute: Gemeinsamkeiten und Gegensätze, Tübingen 1983, S. 249
- Riese, H. (1985), *Keynes' Geldtheorie*. In: H. Scherf (Hrsg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie IV, Berlin 1985
- Riese, H. (1986a), *Theorie der Inflation*, Tübingen
- Riese, H. (1986b), *Keynes als Kapitaltheoretiker*, Manuskript an der Freien Universität Berlin, Januar 1986
- Robinson, J. (1973), englisch (1970), *Quantitätstheorie: Alt und Neu*. In: P. Kalmbach (Hrsg.), Der neue Monetarismus, München 1973
- Schumpeter, J.A. (1926), *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, 2. Auflage, München und Leipzig
- Spahn, H.-P. (1984), *Marx-Schumpeter-Keynes: Drei Fragmente über Geld, Zins und Profit*. In: Jahrbuch f. Nationalökonomie und Stat., Stuttgart

- Suhr, D. (1983), Auf Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft. In: *Zeitschrift für Rechtspolitik*, Heft 9/1983, S. 221
- Suhr, D. (1986), *Plädoyer für eine neue Geldordnung. Eine keynesianische Alternative zum Keynesianismus*. In: Projektgruppe Grüner Morgentau (Hrsg.), *Perspektiven ökologischer Wirtschaftspolitik*, Frankfurt, New York 1986, S. 462
- Tobin, J. (1981), *Vermögensakkumulation und wirtschaftliche Aktivität, Bemerkungen zur zeitgenössischen makroökonomischen Theorie*, München
- Vaubel, A./Ahnefeld, A. (1974), Indexklauseln auf dem Index? In: *Kieler Diskussionsbeiträge* 34, Oktober 1974

Gesellianer heute

Die Lösung des Geldproblems

Seit etwa 1890 gibt es eine Theorie des Geldes und einer »natürlichen Wirtschaftsordnung« von Silvio Gesell, die sich zum Kapitalismus und Kommunismus etwa so verhält wie das ptolemäische Weltbild (die Sonne kreist um die Erde) zum kopernikanischen (es verhält sich in der Tat genau umgekehrt). Statt Zins zu zahlen schlägt Gesell vor, das Geld in eine staatliche Einrichtung umzuwandeln und eine Nutzungs- oder Rückhaltegebühr zu erheben, um den Umlauf des Geldes zu sichern. Diese Gebühr käme nicht denen zugute, die mehr Geld haben als sie brauchen, sondern dem Staat und damit letztlich allen. Das Geld wird also auf seine Funktion als Tauschmittel beschränkt und unterliegt nur dann einer Entwertung, wenn es »brachliegt« bzw. zurückgehalten wird. Hat man mehr Geld als man braucht, bringt man es zur Bank, die es verleiht und damit wieder in Umlauf bringt. Jeder hat zwei Konten. Während auf dem Girokonto das Geld wie Bargeld behandelt wird und einer Nutzungsgebühr unterliegt, wird das Geld auf dem Sparkonto nicht belastet. Es behält seinen Wert, (da auch die beim heutigen Geld notwendige Inflation zur Verminderung staatlicher Schulden entfällt). Vom Schuldner dagegen wird nur die Bezahlung der Arbeit der Bank und eine Risikoprämie verlangt, beides Gebühren, die auch heute in jeder Transaktion als kleiner Anteil enthalten sind. Sie machen meist nicht mehr als 0,7-1,5 Prozent aus.

Grundlage der Reform ist die Anpassung der Geldmenge an die Warenmenge, die in einer bestimmten Volkswirtschaft produziert wird. Das Geld geht also praktisch als ein gegenseitiger Kredit auf alle Waren und Leistungen aus der Volksallgemeinheit hervor, und wächst nicht mehr exponentiell ohne Rücksicht auf den Bedarf. Jeder hat das Recht zu seiner Benutzung. Das heißt nicht, daß jeder immer die gleiche Summe auf der Hand hat. Da jeder dieselbe Nutzungsgebühr entrichten muß und weiß, daß sein Geld kontinuierlich abnimmt, wenn er es als Bar- oder Girogeld zurückhält, wird er also nur soviel Geld borgen, wie er braucht, um zu produzieren und seine Produkte auf dem freien Markt zu verkaufen.

Zur technischen Durchführung der Geldreform sind verschiedene Modelle vorgeschlagen worden, z.B. Geldscheine, die regelmäßig mit einer Marke beklebt werden müssen oder bunte Seriennummern auf allen Geldscheinen, von denen jeweils eine Serie ein- oder zweimal im Jahr zurückgerufen und entwertet wird. Aber die allgemeine Einführung von Girokonten, von welchen automatisch Rückhaltegebühren abgebucht werden können, macht die ganze Angelegenheit heutzutage äußerst einfach.

In der österreichischen Kleinstadt Wörgl hat es bereits 1931 — etwa ein Jahr lang — einen Versuch mit sogenannten »Freigeldscheinen« gegeben, der sehr erfolgreich verlief. Die Stadt bezahlte mit ihrem eigenen Geld — in Absprache mit der Bevölkerung — alle Angestellten und Dienstleistungen. Das Geld unterlag einer einprozentigen Nutzungsgebühr pro Monat und diese Gebühr wurde in Form einer Marke auf den Geldschein aufgeklebt. Um die Gebühr zu vermeiden, bezahlten alle ihre Schulden so bald wie möglich oder kauften das, was sie brauchten sofort und brachten das Geld, was sie nicht brauchten auf ihr Sparkonto, von wo aus es wieder ausgeliehen und damit in Umlauf gebracht werden konnte. Bei jedem Umlauf des Geldes entstanden Waren und Leistungen in der Höhe des Geldvolumens. Da das Geld sehr schnell umlief, konnten in einem Jahr, in dem überall in Europa die Arbeitslosigkeit enorm angestiegen war, in Wörgl die Arbeitslosigkeit um ca. 25 Prozent verringert und viele öffentliche Aufgaben bewältigt werden. Als sich auf Grund dieses Erfolges ca. 300 Gemeinden in Österreich für einen solchen Versuch interessierten, sah die österreichische Notenbank jedoch ihr Geldmonopol gefährdet und ließ den Versuch kurzerhand verbieten.

Verschiedene Ansätze dieser Art in den USA und Lateinamerika scheiterten zum Teil an staatlichen Interessengegensätzen, aber auch an der Unwissenheit der Initiatoren, was die technische und organisatorische Durchführung betraf.

Margrit Kennedy: Für ein ökologisches Wirtschaftswachstum. Notwendige Veränderungen in unserem Geldsystem, aus: Lebenszeichen o.J., o.O.

Die Warnung, die Silvio Gesell 1918 — kurz nach dem ersten Weltkrieg als alle Menschen nur vom Frieden sprachen — in einem offenen Brief an die Berliner Zeitung »am Mittag« aussprach, sollte uns heute — dreißig Jahre nach dem von ihm vorausgesehenen zweiten Weltkrieg und am Rande eines dritten und wahrscheinlich letzten Weltkrieges — besonders nachdenklich machen: »Trotz dem heiligen Versprechen der Völker, den Krieg für alle Zeiten zu ächten, trotz dem Ruf der Millionen: 'Nie wieder Krieg', entgegen all den Hoffnungen auf eine schönere Zukunft muß ich es sagen: Wenn das heutige Geldsystem, die Zinswirtschaft beibehalten wird, so wage ich es heute schon zu behaupten, daß es keine 25 Jahre dauern wird, bis wir vor einem neuen, noch furchtbareren Krieg stehen. Ich sehe die kommende Entwicklung klar vor mir. Der heutige Stand der Technik läßt die Wirtschaft rasch zu einer Höchstleistung steigern. Die Kapitalbildung wird trotz den großen Kriegsverlusten rasch erfolgen und durch ein Überangebot den Zins drücken. Das Geld wird dann gehamstert werden. Der Wirtschaftsraum wird einschrumpfen und große Heere von Arbeitslosen werden auf der Straße stehen. ... In den unzufriedenen Massen werden wilde, revolutionäre Strömungen wach werden, und auch die Giftpflanze Übernationalismus wird wieder wuchern. Kein Land wird das andere mehr verstehen, und das Ende kann nur wieder Krieg sein.«

Es ist (auch für ökonomische Laien) nachvollziehbar, wie durch einen historischen Fehler in unserem Geldsystem — den Zins- und Zinseszinsmechanismus — nicht nur für eine ständige Umverteilung der gemeinsamen Ressourcen dieser Welt zugunsten einer kleinen Elite gesorgt wird, sondern auch für einen permanenten Wachstumszwang, dem sich keiner entziehen kann. Letzten Endes geht die Ausbeutung, Verarmung und Verschuldung der Länder der Dritten Welt ebenso wie die Verarmung einer wachsenden Zahl von Menschen in den reichen Industrieländern oder die unsinnigen und unökologischen Großprojekte vom Atomreaktorbau bis zur Aufrüstung im Weltall zu Lasten dieses Urfehlers in unserem Geldsystem.

Margrit Kennedy: Für ein ökologisches Wirtschaftswachstum. Notwendige Veränderungen in unserem Geldsystem.